

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Aus dem christlichsozialen Sumpf.

Aus Wien wird uns geschrieben:
Noch nicht drei Monate ist Lueger tot, aber die kurze Zeit hat genügt, die christlichsoziale Partei in die tiefste Zerrüttung zu stürzen. Diese Partei war so ganz auf die überragende Person ihres Säuglings gestellt, daß sie, da er ihr fehlte, geradezu ohne Halt ist. Ein Programm eint sie nicht, und da die Menschen, die an der Spitze stehen, über den Rang von Strebern und Routiniers nicht hinausreichen, so mußte der Verfallprozess eintreten, kaum daß der Führer die Augen geschlossen. Eine so große Partei, die überdies in Wien und in Niederösterreich alle Wackelpfeiler besetzt hat, geht natürlich nicht über Nacht zu Grunde. Aber daß die Christlichsozialen ihren Höhepunkt überschritten haben, unaufhaltsam hinuntergleiten und der Tag unweiderrücklich kommen wird, wo sich der Parteimischmasch in seine Bestandteile auflöst, ist doch schon heute zu erkennen.

Die Christlichsozialen sollen nach dem Testament Luegers eine „Volkspartei“ sein und sich dafür hüten, eine „spezifische“ Bauern- oder Gewerbe- oder Arbeiterpartei zu werden. Nur daß es mit der Synthese der widerstreitenden Massensysteme in der Wirklichkeit nie stimmt, vielmehr der Berrat aller Interessen und die Enttäuschung aller Klassen die Regel sein muß. Der Gegensatz zwischen Land und Stadt, zwischen den Forderungen der Agrarier und den Bedürfnissen der städtisch-industriellen Bevölkerung kann in keiner Partei aufgelöst werden und die Stärke dieses Gegensatzes zeigt die Unnatur einer Partei auf, die die größte Stadt des Reiches und die geistig rückschrittlichsten Bauernböden zu einer „Einheit“ verknüpfen will. Diese Scheineinheit herzustellen, konnte, und auch nur für einen Augenblick, Lueger gelingen; da die gegensätzlichen Interessen nun die Abschwächung durch den populären Führer entbehren und sich in ihrer vollen Macht geltend machen, müssen sie das Gefüge der Partei sprengen. Tatsächlich nimmt, wie eine Nachwahl in Tirol beweist, die selbständige altklerikale Richtung an Stärke unaufhaltsam zu und wird zur Vorkämpferin der klerikalen Bauernböden vor den Wiener Christlichsozialen führen müssen. Denn auch der politische Gegensatz magt an dem Bunde, der erst nach den Neuwahlen im Jahre 1907 geknüpft wurde: den Wienern sind die Abgeordneten des flachen Landes zu klerikal und den Bauern der Dörfer in Tirol oder Oberösterreich sind die Wiener Christlichsozialen wieder zu wenig bigott. Der Traum von der „Reichspartei“, die das kommende Ferdinandische Groß-Österreich gründen hätte sollen, wird bald ausgeträumt sein.

Aber verwüstender wirkt noch die moralische Verderbnis, die sich, durch Luegers reinen Schilde gedeckt, in der Partei einmischen konnte. Es ist die blutigste Ironie, daß die Partei, die ausgezogen ist, die Korruption auszurotten, und die tatsächlich die großen Erfolge ihrer Jugend dem Kampfe wider die Unredlichkeit in der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten verdankt, nun in ihren ersten Leuten als eine Clique von Venturiersen entlarvt wird. Verflucht ist der Spiritus, nur die Lust an großem Einkommen, an Ergattern von Würden und Zusammenscharen von Reichthümern ist geblieben. Wohin ist es mit den Vorkämpfern des „kleinen Mannes“ gekommen? Aus den stürmischen Tribunen, die in den kleinen rauchigen Lokalen der Vorstadt gegen Börse und Kapital wetterten, sind noble Herren geworden, die man nicht anders als in Plätzen und Automobilen sieht, die auf dem größten Fuße leben und sich mit düstern Selbsterkenntnis selber zu den „oberen Reihentausend“ zählen. Jeder von den Führern vereinigt ein halbes Duzend einträgliche Stellungen in seiner Person, jeder akkumuliert Gehalte und Pensionen, und von nicht wenigen weiß man, daß sie auch Geschäfte nicht verschmähen, bei denen ihnen die politische Macht den Weg ebnet. Jene Schlichtheit, die Lueger und sein erstes Gefolge ausgezeichnet hat, ist verschwunden und an ihre Stelle ist ein düsternes Proletariat getreten, das sich in nichts von dem Treiben der „Judenliberalen“ unterscheidet, die die Christlichsozialen, zur Errettung des christlichen Volkes, depossedierte haben wollen. Falls der berühmte Fall Draba doch zur gerichtlichen Austragung kommt, hat die Regierung die Schließung des niederösterreichischen Landtages verfügt und damit dem Ankläger gegen die Bekennern des „Gott nimm“ die Immunität genommen, die sonst die strafgerichtliche Austragung verhindert hätte — so wird man danach über die christlichsozialen Nachbarn schon Näheres erfahren. Aber wenn es auch nicht möglich sein sollte, die christlichsoziale Korruption aufzuklären, so beweisen: die allgemeine Ueberzeugung, daß in Luegers Staate vieles saul sei, steht fest und wenn die Führer durch die Dank als Blutmacher erkannt worden sind, schwindet die Volkstümlichkeit der Partei und die einstige Liebe wandelt sich in Verachtung um. Wie soll Gehmann, der Nachfolger Luegers in der Führerschaft, die Herzen entflammen, wenn es dem trockenen Schleicher überhaupt gegeben wäre, da er sich als ein kommener „Gründer“ präsentiert? Der Lebensgang dieses Gottübersten zeigt ja die christlichsoziale Strebererei im bengalischen Dichte. Um sich seiner Intrigen zu erwehren, mußte ihn Beck zum Minister machen, und es wurde für ihn das Ministerium für die öffentlichen Arbeiten zurecht geschneidert. Kaum hatte Herr Geh-

mann den Erzellenztitel, ließ er sich pensionieren, und zwar mit vollem Ministergehalt, bezog also jährlich um 12000 Kronen mehr als ihm gebührt. Dann wollte er Landmarschall von Niederösterreich werden, zu welchem Zwecke er mit den Tscheden einen regelrechten Pakt schloß, der ihnen drei Portefeuille sichern und Liechtenstein ins Kabinett bringen sollte, damit für Gehmann im Landhause Platz werde. Da sich die Realisierung in die Länge zog und Luegers Krankheit eine neue Konjunktur eröffnete, wollte Herr Gehmann nun diese ausbeuten und Bürgermeister von Wien werden. Man erinnert sich noch der arrangierten Rührkomödie, wonach der sterbende Lueger Gehmann als seinen Nachfolger und Testamentsvollstrecker bezeichnet haben soll. „Halt mir meine Leute“ zusammen!“ soll Luegers letztes politisches Wort, an Gehmann gerichtet, gelaunt haben. Wie man Herrn Gehmann einschätzt und was man ihm alles zutraut, zeigt aber ein uns verbürgter Bericht, wonach Luegers Leibdiener den Auftrag erhalten habe, während Gehmanns Anwesenheit im Krankenzimmer vom Bette des sterbenden Führers nicht zu weichen und dessen Beurkundung, daß die rührende Erzählung von Luegers „letztem Wort“ an Gehmann eine freie Erfindung des Erbsehlers war. Und nun ist herausgekommen, daß Herr Gehmann, der gewesene Minister und aktive Parteiführer, in sehr ansehnlicher Weise eine Bankrotbank „gegründet“ hat und als ihr Präsident nicht minder ansehnliche Geschäfte betreibt. . . . Das ist nur ein Exempel aus den christlichsozialen Lebensläufen, denen andere nicht minder zweideutige zur Seite stehen, aber es reicht aus, um die sonst unerklärliche Tatsache zu erklären, daß noch nicht drei Monate nach Luegers Tod Luegers Partei in vollster Zerfahrenheit begriffen ist.

Der moralische Niedergang der Christlichsozialen liegt also schon offen zutage und der politische Zusammenbruch wird nachfolgen. Insbesondere werden es die proletarischen Elemente sein, die als erste die Lüge einer Parteibildung erkennen werden, die mit ihrer Bekämpfung des Kapitals bei den fetten Lantlemen zweifelhafter Aktiengesellschaften endet.

Allerhand Erbauliches aus Südwestafrika

Die südwestafrikanischen Zeitungen berichten über die erste Tagung des Landesrats recht interessante Dinge. Wie es um das Verhältnis der Missionen zueinander steht, beweist der Bericht der „Windrufer Nachrichten“:

Herr Stauch: Das Vorhandensein einer evangelischen und katholischen Mission an demselben Orte, wie zum Beispiel in Barmbad, wirke auf die Eingeborenen verwirrend und fördere die Seelenfängerei. Solche Konkurrenz sollte vermieden und die Sache geeicht geregelt werden. — Herr Heimann trat dem bei. Der § 14 des Schutzgebietgesetzes sollte revidiert werden. — Herr Präses Olpp (rheinische Mission): Beide Missionen seien im Lande gleichberechtigt. Ein Modus vivendi für friedliches Nebeneinanderarbeiten könne und müsse geschaffen werden, darüber seien sich die Leiter beider Missionen einig. — Herr Präses Raehle (katholische Mission): Eine totale Trennung sei mit der bestehenden Freizügigkeit unvereinbar. Wenn beide Missionen sich in den Hauptfragen einig seien, wie es zu seiner Freude in diesem Lande der Fall sei, dann gebe es keine Mißstände. Vor allem sei auch zu berücksichtigen, daß die katholische Mission in erster Reihe für die Seelsorge der Weissen da sei und in zweiter für die Eingeborenen. — Herr Weij: Zwei Missionen nebeneinander schaffen Verwirrung. Aus dem Grunde hätten beide sich in China freiwillig getrennt. — Herr Mansfeld: Die Eingeborenen seien im allgemeinen gleichgültig, und das werde zum Seelenfang benutzt.

Es wäre schon besser, wenn sich die Missionen überhaupt weniger um das seelische Wohl der Eingeborenen kümmern wollten als um ihr leibliches Wohlergehen. Denn da die Eingeborenen gegenwärtig in einem Zustand nur düstern verhaltener Sklaverei gehalten werden, würde sich hier für die Missionen ein außerordentlich ausgedehntes Betätigungsfeld bieten. Wenn die Missionare energisch für die Lage der Eingeborenen eintreten wollten, würde der soziale Wettbewerb auf die Eingeborenen schwerlich verwirrend wirken, aber auch von den Missionaren der beiden Konfessionen selbst kaum als Seelenfängerei empfunden werden. Die weissen Ansiedler und Auswanderer freilich würden dann sofort in ein Wehgeschrei über die Tätigkeit der Missionare ausbrechen und schleunigst deren Ausweisung verlangen!

Sehr interessant waren auch die Ausführungen über die Zunahme der Mischlinge. Es wird darüber berichtet:

Geheimrat Hintrager: Die Zahl der Mischlinge sei von 3530 im Jahre 1908 auf 4282 im Jahre 1909 gestiegen, die der Mischlingskinder von 1112 auf 1574. Da die Rehobother Postards hieran nur mit 67 Kindern beteiligt seien, so lämen zirka 400 auf Verbindungen von Weissen mit eingeborenen Frauen. In Windhut habe in diesem einen Jahr die Zahl der Mischlingskinder von 68 auf 186 sich erhöht, in Karibib von 12 auf 107 usw. Solche Zahlen bedeuten eine traurige Sprache. Das beste Mittel dagegen wäre eine möglichst starke Einwanderung weisser Frauen. — Herr Schlettwein: Hier helfe nur rücksichtsloses Vorgehen. Er schlägt vor, daß Vorkinder den Müttern wegzunehmen und auf Kosten der Väter in Anstalten zu erziehen seien. Die Namen solcher Väter verdienen überdies im Amtsblatt veröffentlicht zu werden. (Große Heiterkeit.) — Herr Wardesh: befristete die Hinausführung weisser Frauen in größerem Umfange zu fördern und hierfür Mittel in den Etat einzustellen. — Herr Geh. Rat Hintrager teilte mit, daß der Koloniale Frauenbund bisher 888 Frauen und Kinder auf seine

Kosten hergeschickt und noch niemals ein Versuch aus Mangel an Mitteln abgelehnt habe. Dem Verein gebühre der größte Dank. — Herr Präsident Raehle teilte im Namen beider Missionen mit, daß sie beide bereits Anstalten zur Aufnahme solcher Kinder hätten. Leider seien für solche wichtige Zwecke keine Mittel im Etat vorgezogen. Von großer Wichtigkeit wäre die Einführung einer Polizeistunde, etwa neun Uhr abends, nach welcher Zeit die Eingeborenenweiber alle auf den Weissen sein müßten. — Herr Janson: Die Hauptverursacher seien die Soldaten, und von diesen Vätern seien keine Mittel zu kriegen. — Herr Schlettwein: An den Truppenplätzen wären öffentliche Häuser mit unverbesserlichen schwarzen Weibern angebracht. — Herr v. Schdebred: Die Schutztruppe bestche größtenteils aus jungen Leuten, das erkläre manches. Aber diese seien nicht die einzigen Schuldigen. — Herr Präses Olpp antwortete auf eine Anfrage, wie die Mission sich zu dem Vorschlage der öffentlichen Häuser stelle, daß sie hierzu unmöglich die Hand bieten könne. — Herren Raehle und Schlettwein: Das erwarte niemand, aber sie möge andererseits nicht dagegen wirken. — Herr Präses Olpp: Die Heranziehung der Väter werde schwierig sein; ein wirksames Mittel sei die konsequente Durchführung des gesellschaftlichen Wohlstands gegen im Konkubinat mit Eingeborenen lebende Weisse. — Herr Geheimrat Hintrager: Die Regierung tue in diesem Sinne, was sie könne; sie weise Anträge solcher Leute zurück, verkaufe ihnen keinen Grund usw. Ebenso sollte es auch im Privatleben gemacht werden; keinerlei Gemeinschaft, ja direkt schlechte Behandlung gegenüber solchen Leuten, das werde viel helfen. — Herr Schlettwein: Auch auf die Eingeborenen sollte in dem Sinne eingewirkt werden. Noch vor wenigen Jahren galt es bei ihren Weibern als Schande, sich mit Weissen einzulassen, jetzt sei das leider anders geworden. Daher sollte man ihnen die Kinder aus solchen Verbindungen wegnehmen.

Offenbar empfindet man die Zunahme der Mischlinge weniger als ein Verbrechen an der reinen arischen Rasse und etwas Unmoralisches, als vielmehr als einen sozialen Schaden. Die Mischlinge lassen sich eben nicht so leicht niederhalten wie die Eingeborenen. Wenn sie nicht künstlich von den Eingeborenen getrennt werden, behalten sie ein gewisses Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Eingeborenen. Um also die unbedingte Herrschaft der weissen Rasse über die schwarze aufrechtzuerhalten, bekämpft man mit allen Mitteln die Vermischung der weissen mit der schwarzen Rasse. Die von mehreren Seiten empfohlene Begrenzung der Kinder soll wohl auch nur den Zweck haben, diesen Mischlingen nach Möglichkeit das Verwandtschaftsgefühl mit den Stammesgenossen ihrer schwarzen Mutter auszutreiben.

Köstlich ist übrigens auch der Vorschlag, für die Soldaten öffentliche Häuser mit schwarzen Weibern zu errichten, wenn nicht unter der Mitwirkung, so doch unter möglicher Duldung der Missionen. Während des asiatischen Feldzuges hatte man ja bekanntlich auch in China derartige öffentliche Häuser für die Soldaten eingerichtet.

Des Teufels Paradies.

Vor einigen Monaten erregten die Enthüllungen über die Greuelthaten, die angeblich von den Beamten einer europäischen Gesellschaft an den Indianern im kautschukreichen Putumajogebiete in Peru verübt worden sind, nicht geringe Aufmerksamkeiten. Ein nordamerikanischer Ingenieur namens Hardenburg hatte mit einem Freunde jenes schwer zugängliche Gebiet bereist und sollte bei seiner Rückkehr der englischen Zeitschrift „Truth“ seine eigenen Erfahrungen und ein Bündel eiblicher Aussagen anderer Personen zur Verfügung, in denen gegen die Beamten der in England registrierten Gesellschaft „The Peruvian Amazon Company“ die furchtbarsten Anklagen erhoben wurden. Die Zeitschrift veröffentlichte unter dem Titel „Des Teufels Paradies“ eine Anzahl dieser Dokumente, aus denen hervorging, daß die Agenten der „Peruvian Amazon Company“ in ihrer Jagd nach dem Kautschuk die arme indianische Bevölkerung des Putumajogebietes in geradezu teuflischer Weise mißhandelten. Die bestialischen Grausamkeiten, über die berichtet wurde, überrreffen bei weitem alles, was man je aus dem Kongostaate erfahren hat. So ungläublich klangen die Erzählungen von den Mordmorden, der Verbrennung lebender Personen, der furchterlichen Weigerung von Männern, Frauen, Kindern und Greisen, die man bei lebendigem Leibe verkaufen ließ oder den Händen zum Fressen vorwarf, daß die meisten Leser wohl den Kopf schüttelten und von kolossalen Uebertreibungen sprachen. Wenn je eine kapitalistische Ausbeuterclique Grund zum Klagen hatte, so war es die „Peruvian Amazon Company“. Bis jetzt hat sie nichts getan, um die entsetzlichen Anschuldigungen, die gegen sie erhoben worden sind, zu entkräften. Als kurz nach dem Erscheinen des ersten Artikels in der Zeitschrift „Truth“ der Berichterstatter eines Londoner Morgenblattes im Bureau der Gesellschaft um Auskunft bat, drückte ihm ein Beamter der Gesellschaft eine Fünfpfundnote in die Hand, was sich, als sich der Journalist diese Unverschämtheit energisch verbat, als ein unglücklicher Zufall herausstellte. Dieser Vorfall, sowie der Versuch der Gesellschaft, die Sache totzuschweigen, hat nicht dazu beigetragen, die „Peruvian Amazon Company“ von dem Verdachte der Schuld zu befreien.

Glücklicherweise sind die Vertuschungsversuche fehlgeschlagen. Die „Anti-Slavery and Aborigines Protection Society“ (Gesellschaft gegen die Sklaverei und zum Schutz der Eingeborenen) hat sich der Angelegenheit energisch angenommen. Dank der anerkennenswerten Bemühungen dieser Menschenfreunde hat sich der englische Minister fürs Auswärtige genötigt gesehen, Schritte zu tun,

Die Inzerions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

um eine Untersuchung der am Putumayo herrschenden Zustände herbeizuführen. In einem Antwortschreiben, das an den Sekretär dieser Gesellschaft gerichtet ist und das jetzt veröffentlicht wird, sagt der Minister, daß die Regierung der Frage der angeblichen Mißhandlungen der Indianer in dem Putumayotal die größte Aufmerksamkeit schenkt und mit der Regierung der Vereinigten Staaten darüber berate, in welcher Weise die Angelegenheit am besten verfolgt werden könne. Er fügt auch beziehungsweise hinzu, daß über diesen Gegenstand keine konsularischen Berichte empfangen worden sind, die sich zur Veröffentlichung eignen.

Freilich allzu viel wird man von einer Aktion der englischen und amerikanischen Regierung nicht erwarten dürfen. Wenn das Los des Kongonegers durch die Sympathie der zivilisierten Völker gemildert wurde, so ist dies hauptsächlich den ausländischen Händlern und Missionaren zuzuschreiben, denen das Leben in Leopolds privater Hölle schwer gemacht wurde und die daher doppelten Grund hatten, die Mißhandlungen der schwarzen Arbeiter am Kongo an den Pranger zu stellen und die Sympathien der zivilisierten Nationen nach zu halten. Den armen, wehrlosen Indianerstämmen am Putumayo, auf die sich der heißhungrige Kapitalismus wie ein wildes Raubtier gestürzt hat, fehlen diese unermüdblichen Fürsprecher. Hoffentlich gelingt es der „Anti-Slavery and Aborigines Society“, der Deffenitätät die Frage der Putumayogreuel beständig vor Augen zu halten und das Los der indianischen Arbeiter im Herzen Südamerikas etwas weniger tröstlos zu gestalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juni 1910.

Die Nationalliberalen und das Herrenhaus-Wahlrechtsverfahren.

Die „Nationallib. Korz.“ stellt in einer gegen das „Verliner Tageblatt“ gerichteten Notiz fest, daß die gesamte Fraktion der Nationalliberalen für den § 6 der Herrenhausbeschlüsse zu stimmen entschlossen war, daß es nur ein Versehen war, wenn sich bei der Abstimmung über diesen Paragraphen nur ein Teil der nationalliberalen Fraktion erhob. Das heißt also, daß die gesamte nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses für die großen Drittelbezirke, d. h. für die völlige Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen war und ist!

Wir haben nie daran gezweifelt! Dagegen erregt trotz der feierlichsten Veteuerung der „Nationallib. Korz.“ ihre andere Behauptung, daß die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses schon vor dem Bekanntwerden der konservativen Anträge zu den Herrenhausbeschlüssen einstimmig beschlossen habe, die Herrenhausvorlage im ganzen abzulehnen, unser lebhaftes Kopfschütteln. Vielleicht stimmt die Meldung dem Wortlaut nach, sicher aber nicht dem Sinne nach! Die Anträge der Konservativen mochten noch nicht heraus sein, als die Nationalliberalen den heroischen Beschluß der Ablehnung faßten, sicher aber war ihnen dann bekannt, daß diese Anträge kommen würden, daß ihnen ein fräftiger Fußtritt von den Junkern appliziert werden sollte. In dieser Lage, nachdem alle Hoffnung auf ein konservativ-nationalliberales Kompromiß geschwunden war, blieb der einstimmige Ablehnungsbeschluß das Einzige, was den Nationalliberalen zu tun noch möglich war. Im andern Falle aber wäre der einstimmige Beschluß ganz unmöglich. Oder gibt es Naive, die da glauben, daß die rheinisch-westfälischen Abgeordneten, die Vertreter der Schwerindustrie sich ohne weiteres den Nationalliberalen des Ostens unterworfen hätten, wenn nicht jede Hoffnung auf ein Zusammenwirken mit den Konservativen geschwunden gewesen wäre? Solcher Abhängerglaube müßte mit der Zahlung eines Kalers an die nationalliberale Parteikasse gestraft werden!

Marine-Schlamperei.

Bei der diesjährigen Etatsberatung im Reichstag sowie in der Budgetkommission brachte der Abg. Severing zur Sprache, daß auf der kaiserlichen Werft zu Danzig auf Anordnung des Feldwebels und Artillerieoffiziers Malosowski eine Reihe von Gegenständen in ein Wasserloch, das sich auf dem Holmgelände der kaiserlichen Werft befindet, versenkt seien. An Hand einer Zeichnung konnte Genosse Severing genau die Stellen angeben, wo die Versenkung stattfand. Das Reichsmarineamt ordnete daraufhin eine sofortige Untersuchung an, deren Resultat war, daß ein Teil der Gegenstände gefunden wurde, unter anderem auch ein Stupferrohr, dessen Wert der Herr Admiralitätsrat Harms auf 8,80 M. bezifferte. Trotzdem sandte die Reichsdirektion am 18. Februar 1910 nachstehendes Telegramm an das Reichsmarineamt: „Untersuchung und Abführung des Wassers hat absolute Unwahrscheinlichkeit der Beschuldigungen ergeben. Bericht geht heute mit Nachzug unter Selbststellung ab. gez. Schimmelmann.“ Der nachfolgende Bericht spricht dann von einer „gründlichen“ Abführung des Wassers, wobei nur „verlorenge Abfälle zulage gefördert seien“. Wir haben sofort die Untersuchung als eine äußerst mangelhafte, vorgenommen mit ungeeigneten Werkzeugen, bezeichnet. Diese Behauptung hat sich nunmehr, wenn auch nach längerer Zeit, auf das Beste bestätigt.

In Nr. 119 unseres Blattes vom 26. Mai teilten wir mit, daß bei hellem Sonnenschein und klarem Wasser die versenkten Gegenstände zu sehen sind. Am Mittwoch, den 25. Mai, pilgerten daraufhin viele höhere Beamte, unter ihnen auch der Bezirksdirektent des Artillerieregiments, Herr Feuerwerksleutnant Körner, dorthin. Bei seinem Rundgange bemerkte er um 11 Uhr vormittags einen dunklen Punkt im Wasserloch. Er holte sofort einen Mann, der den Gegenstand anpeilte, aber nicht in der Lage war, ihn zu heben. Es mußte Verstärkung geholt werden. Erst mit vereinten Kräften von 6 Mann gelang es, den Gegenstand auf's Land zu bringen. Es war ein Bootsenker mit Maus — eine geschätzte Lautwulst, welche um die Schiffswandung gelegt wird, um Stöße beim Anlegen an Kaiwänden oder andere Schiffe abzumildern —, deren Wert von Fachleuten auf zirka 500 Mark geschätzt wird. Woher stammt derselbe? Nach unseren Ermittlungen wurde derselbe im Jahre 1909 für die Pinasse der Artillerie angefertigt. Nachdem selbige zirka acht Tage am Bord angebracht war, wurde er abgenommen, weil er zu plump ausfiel und zu schwer erschien. Dann ging er den Weg alles „Jubischen“! Wir stellen an das Reichsmarineamt die dringende Frage: Ist dieser Senker etwa alles, unbrauchbares, „ausgedientes“ Material? Welche Erklärung hat das Marineamt zu diesem auffehnerregenden Vorfall?

Infolge der eingetretenen Trockenheit steht der Wasserspiegel erheblich niedriger als im Winter; das Schiff am Ufer ist trocken, es wurden deshalb am genannten Tage auch gußeiserne Fenster, Klöbe und sonstige Materialien gesammelt bezw. aus dem Wasser gezogen. Die „Wente“ des Tages waren zwei vollbeladene Lohwägen, die schleunigst nach dem Uferhof gefahren wurden. Warum läßt das Reichsmarineamt nicht eine gründliche Durchsichtung des Grabens vornehmen, wie es der Abgeordnete

Severing beantragt hatte, um die eventuell darin liegenden Werkzeuge, Inventarien und Gebührende zu heben? Bei dem niedrigen Wasserstande dürfte jetzt der geeignete Moment dafür sein. Dieser Untersuchung dürfte das Marineamt um so mehr zustimmen, als der Abgeordnete Severing sich bereit erklärt hat, falls weitere Materialien nicht gefunden werden, die entstanden Kosten zu bezahlen, andererseits aber auch keinerlei Marinegeheimnisse dabei gefährdet sind.

Standesgemäße Strafen.

Am Mittwoch fanden vor dem Landgericht Bonn dreizehn Bonner Korpsstudenten unter der Anklage der Gefährdung eines Eisenbahntransportes, acht Angeklagte waren außerdem der Zerstörung von Eisenbahnmaterials, andere wegen Verleumdung von Eisenbahnbeamten angeklagt. Die Angeklagten gehörten sechs verschiedenen Korps an. Das bekannte Korps „Vorussia“ war darunter nicht vertreten, da es zur Zeit der unter Anklage gestellten Handlungen suspendiert war.

Die ersten beiden Delikte, die die Anklage enthielt, sind mit schwerer Strafe bedroht. § 315 des Strafgesetzbuchs, der von der Gefährdung eines Eisenbahntransportes handelt, sieht nur Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren vor, wird Fahrlässigkeit angenommen, so tritt nach § 316 Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 900 Mark ein. Der § 303 sieht für Eisenbahnzerstörung Gefängnis nicht unter einem Monat vor.

Die dreizehn Korpsstudenten waren also durch die Anklage mit schweren Strafen bedroht. Das wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, was sich am 4. Dezember nach einem Bierbod der Bonner Korpsstudenten zu Rüngsdorf abgespielt hat. Am Abend sollte mit einem Sonderzug der Dampfbahn Bonn-Godesberg-Mehlern von Rüngsdorf aus die Rückfahrt nach Bonn angetreten werden. Der Sonderzug lief etwa um 9 Uhr abends in den Bahnhof Rüngsdorf ein und wurde von den Studenten sofort gestört. Sie versuchten, die Wagen abzupöppeln und die Lokomotive vom Zug selbst zu trennen. Sie bestiegen sogar die Maschine und setzten den Lauf fort, nachdem sich der Zug schon in Bewegung gesetzt hatte. Sie löschten die Lampen aus und schlugen nicht weniger als 87 Fenster ein. Nachdem die Studenten weiter dem Schaffner die Mühe vom Kopfe geschlagen hatten, koppelten sie schließlich tatsächlich die Lokomotive los. Da das an einer abschüssigen Stelle geschah, so entstand die große Gefahr, daß die losgekoppelten Wagen auf die Lokomotive stießen und sie zum Entgleisen brachten. Nur der Geistesgegenwart des Lokomotivführers, der die Maschine in schnellste Gangart setzte, ist es zu verdanken, daß ein schweres Unglück vermieden wurde! Der Streckenwärter in Godesberg konnte noch im letzten Augenblick einen Bahlsstein vom Gleise entfernen, der die Entgleisung des fahrplanmäßigen Zuges zur Folge gehabt hätte. Am Schluß der Fahrt wurde einem Schaffner von einem der Teilnehmer ein Stück einer Fensterscheibe gegen den Kopf geworfen und der Beamte oberhalb des Auges nicht unerheblich verletzt.

Die angeklagten Korpsstudenten nahmen die gefährliche Anklage nicht sehr schwer. Und sie ertrugen sich guter Behandlung — auf der Anklagebank zu sitzen wurde ihnen nicht zugemutet. Natürlich entschuldigten sie sich mit sinnloser Trunkenheit. Viel besangener als die Angeklagten waren die als Zeugen geladenen Beamten der Dampfbahn, die nicht recht mit der Sprache herauswollten.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme war, daß keiner der 13 Angeklagten der Transportgefährdung oder der Eisenbahnzerstörung überführt wurde. Man hat die schlimmsten Missetäter, die diese Delikte auf dem Gewissen haben, nicht gefaßt! Der Staatsanwalt beantragte wegen Sachbeschädigung und Verleumdung gegen 7 der Angeklagten Geldstrafen von 60 bis 150 M. Und der Gerichtshof verurteilte schließlich drei Studenten zu je 80 M. Geldstrafe, einen wegen Verleumdung zu 50 M. Geldstrafe, zwei wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung, die das Besteigen der Lokomotive verbietet, zu je 30 M. Geldstrafe, und sprach die anderen frei!

In der Begründung führte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Thielemann aus, daß man die Vorkommnisse nicht als den Ausfluß einer übermäßigen Laune hätte auffassen können. Es liege zweifellos eine Transportgefährdung vor, nur sei die Täterschaft dieser Angeklagten nicht nachzuweisen.

Seinerzeit wurden in Oberschlesien zwei Kinder, die eine Dampfstraßenbahn durch Legen von Steinen zur Entgleisung zu bringen versucht hatten, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein Urteil von ähnlicher Härte konnte gegen die Bonner Korpsstudenten nicht ergehen, weil man eben die Studenten, die die Transportgefährdung verschuldeten, nicht gefaßt hat. Den Angeklagten konnten Sachbeschädigungen und ähnliche kleinere Delikte nachgewiesen werden und so kamen sie mit standesgemäßen Geldstrafen davon.

Die preussischen Staatschulden.

Ueber die Entwicklung der preussischen Staatschulden in den letzten vier Jahren läßt sich folgendes feststellen: Vom Jahre 1906—1910 haben sich die Schulden um mehr als zwei Milliarden vermehrt. Sie betragen in 1908 7,8 Milliarden und sind im laufenden Jahre auf 9,4 Milliarden gestiegen. Hieraus ergibt sich eine Steigerung des jährlichen Schuldendienstes in diesen vier Jahren von 297 auf 390 Millionen Mark, also um nahezu 100 Millionen. Diesen Schulden gegenüber beläuft sich das statistische Anlagekapital der preussischen Eisenbahnen auf 10 Milliarden Mark. Von diesem Anlagekapital sollen nun in Zukunft 2,10 Proz., mithin 210 Mill. Mark, aus den Eisenbahnüberschüssen zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse verwandt werden; darüber hinaus sollen die Ueberschüsse dem Ausgleichsfonds zufließen. Im vorigen Jahre beliefen sich die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung allerdings nur auf 149 Millionen, so daß noch 61 bis zu der Grenze von 210 Millionen fehlen. Da jedoch das letzte Jahr gegen das Vorjahr eine Ueberschusssteigerung von 51 Millionen aufweist, so glaubt man in einigen Jahren auch die zur Speisung des Ausgleichsfonds noch fehlenden 61 Millionen zu erreichen. Die höchsten Ueberschüsse zu den allgemeinen Staatsausgaben lieferten die preussischen Staatsbahnen im Jahre 1905, nämlich 255 Millionen, 1908 241 und 1904 226 Millionen. Für das laufende Jahr ist ein Ueberschuss von 182 Millionen veranschlagt.

Aus der Breslauer Justiz.

Vor drei Wochen sah sich Genosse Albert in Breslau genötigt, gegen einen Vorsitzenden des Schöffengerichts Beschwerde beim Landgerichtspräsidenten zu erheben. Der Richter hatte nämlich in einem Polizeiprozess von 20 vorgefertigten Zeugen nur vier geladen, und zwar, wie er selbst zugab, weil diese als Richterarbeiter (ein Kaufmann, ein Rentant, ein Tischlermeister und ein Sekretär) glaubwürdiger seien als die Arbeiter! Der Richter hatte ferner stritte abgelehnt, Zeugen gegen den klägerischen Polizisten zu laden. Schmitz, als der Angeklagte Weise für das nervöse, provokatorische Auftreten dieses Polizisten und für seine Unzuverlässigkeit und Unlautwürdigkeit anbot, jede Beweisaufnahme ab! Dabei hatte er aber, ohne daß Albert und sein Verteidiger davon etwas er-

fahren, einen polizeilichen Beamtendungen für diesen Polizisten persönlich geladen! Ueber eine halbe Stunde lang kämpften Angeklagter und Verteidiger gegen diesen Vorsitzenden, der durchaus nicht wollte, daß man den Polizisten durch unangenehme Zeugen ein Härchen krumme, bis endlich der Verteidiger rief: „Wenn es sich nicht gerade um einen Polizisten handelte, so würden Sie die Zeugen nicht ablehnen und die Beweisaufnahme nicht so einschränken!“ Das zog ein wenig und der Prozeß wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen auf den 1. Juni vertagt.

Genosse Albert beschwerte sich über des Vorsitzenden Parteilichkeit beim Präsidenten des Gerichts. Jetzt nach drei Wochen, einen Tag vor dem neuen Termin, in welchem Albert den Richter wegen Befangenheit abzulehnen angeklagt hatte, erhielt er vom Präsidenten eine umfangreiche Antwort, welche als interessanteste die Mitteilung enthielt, daß im neuen Termin ein anderer Richter fungieren würde und daß der Vorsitzende aus der ersten Verhandlung ab 1. Juni nicht mehr am Amtsgericht Breslau tätig sein werde. Im übrigen wurde natürlich — mit auffallend viel Worten — die Beschwerde zurückgewiesen. Aber das war ja ohne Belang. Jedenfalls hat dieser eifrige Freund der Polizei einstweilen keine Gelegenheit mehr, Sozialdemokraten davon abzuhalten, Polizisten so zu kennzeichnen, wie sie es verdienen.

Die Unruhen in Dortmund

sind beendet. Zwar gab es auch Montagabend noch Ansammlungen, doch Klatsch in den Schaufenstern der Firma Hannemann verflüchtigte, daß Verhandlungen angebahnt seien, worauf sich die Menge zerstreute. Inzwischen hat die Firma sich bereit erklärt, die alten Löhne weiter zu zahlen und die Entlassenen wieder einzustellen, worauf das Gewerkschaftsstatut den Boykott aufgehoben ist. Eine Erklärung, die die Firma in der bürgerlichen Presse veröffentlicht, dürfte allerdings noch zu weiteren Auseinandersetzungen führen.

Oesterreich.

Militärische Maßregeln.

Wien, 1. Juni. Gestern nachmittag sind 500 Mann des 7. Infanterieregiments aus Graz, 900 Mann des 17. Infanterieregiments aus Klagenfurt und das 27. Infanterieregiment aus Laibach nach Ungarn abgegangen. Die „Zeit“ meldet, daß die Christlich-Sozialen in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses den Landesverteidigungsminister wegen der Verwendung der Truppen aus Anlaß der Wahlen in Ungarn interpellieren werden.

Für Finnland.

Wien, 1. Juni. Der Deutsche Nationalverband (die Vereinigung der deutschen bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhause) hat in seiner gestrigen Abend Sitzung beschlossen, in Form einer Adresse eine Kundgebung zu übermitteln, welche sich mit dem von der russischen Regierung geplanten Verfassungsbruch beschäftigt und in welcher betont wird, daß die finnländische Verfassung und das Recht der Finnländer, dieselbe respektiert zu sehen, historisch nachweisbare Tatsachen sind.

Die ungarischen Wahlen.

Budapest, 1. Juni. (W. L. B.) Die Reichstagswahlen. Bis 7 Uhr waren 105 Abgeordnete gewählt, darunter 67 Mitglieder der nationalen Arbeitspartei (Regierungspartei), 13 von der Fokstypartei, 4 von der Fokstypartei, 2 von der Fokstypartei, 11 parteilose Siebenundsechziger, 3 parteilose Achtundvierziger, 2 Demokraten, 3 Vertreter der Nationalitäten. Die Fokstypartei gewinnt 2 und verliert 14 Sitze, die Fokstypartei verliert 11 Sitze, die Fokstypartei 4, die Demokraten verlieren einen Sitz, die Nationalitäten 4 Sitze. Der Ackerbauminister Serenyi ist in zwei Bezirken gewählt worden. Ferner sind gewählt der Finanzminister Lukacs, der Unterrichtsminister Graf Richy, Koloman Szell, Graf Stephan Tizza und die früheren Minister Kossuth, Daranyi und Graf Julius Andrássy.

Frankreich.

Die Kammereröffnung.

Paris, 1. Juni. Die neue Kammer hielt heute nachmittags unter dem Vorsth Passys als Alterspräsidenten ihre erste Sitzung ab. Die Abgeordneten waren sehr zahlreich erschienen. Mit 332 Stimmen wurde Brisson zum Präsidenten gewählt. Zu provisorischen Vizepräsidenten wurden der Linksrepublikaner Etienne mit 319 Stimmen und der radikalsozialistische Verteaux mit 296 Stimmen gewählt. Auch der Senat hat heute seine Arbeiten begonnen.

Gestern hielten sämtliche Fraktionen der Linken Sitzungen ab, die zahlreich auch von den neuen Deputierten besucht waren. Die radikal-sozialistische Gruppe, welche Verteaux zum Vorsitzenden wählte, beschloß, die benachbarte radikale Linke zur Begründung einer einzigen geschlossenen radikalen Fraktion einzuladen.

Amerika Uebergriffe.

Paris, 1. Juni. Die Staatsanwaltschaft zu Château-Chinon hat gegen zwei Priester strafrechtliche Untersuchung eingeleitet, weil sie zwei Schulkinder, die ein vom Bischof verbotenes Lehrbuch der Geschichte benutzten, von der Firmung ausgeschlossen.

Spanien.

Gegen die ungeschlichen Orden.

Madrid, 31. Mai. Die „Gaceta“ veröffentlicht ein Dekret über das Vereinsrecht, das alle Vereine und Kongregationen, mit Ausnahme der durch das Konordat genehmigten, verpflichtet, die Genehmigung nachzusuchen; Kongregationen, die industriell tätig sind, sollen Gewerbescheine lösen.

Dänemark.

Die Ministerkrise.

Kopenhagen, 1. Juni. Da unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Bildung eines neuen Kabinetts auf Schwierigkeiten gestoßen ist, hat der König heute den Ministerpräsidenten Zahle aufgefordert, die Demission des Ministeriums zurückzugeben, was darauf geschah.

Ministerpräsident Zahle erklärte, daß das Ministerium sein Entlassungsgesuch erneuern werde, sobald der Reichstag, nachdem das Urteil des Reichsgerichts in dem Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Christensen und den früheren Minister des Innern Berg ergangen sein werde, eintreten worden sei.

Schweden.

Ein Fiasko der Massengesetzgebung.

Stockholm, 31. Mai. (Fig. Ber.) Die schwedische Regierung löste bekanntlich im August vorigen Jahres mitten im Generalstreik jenes Komitee von Arbeiter- und Arbeitgebervertretern auf, das die Aufgabe hatte, Vorschläge zu einer Arbeits- und Tarifvertragsgesetzgebung auszuarbeiten. Die Regierung wollte die Sache selber machen und hielt sich für fachverständiger genug dazu. Ende März wurden dann auch die betreffenden Gesetzentwürfe dem

Reichstag vorgelegt. Der wichtigste davon ist der über die Kollektivverträge. Dieser Entwurf sollte ganz besonders dazu dienen, den Arbeitsfrieden zu sichern und die Gesellschaft vor solchen ungeheuren Kämpfen, wie der im Jahre 1906, zu bewahren. Das war die Absicht des Reichstages, als er seinerzeit die Anregung zu einer solchen Gesetzgebung gab. Aber der Regierungsentwurf ist in keiner Weise geeignet, diesem Zwecke zu dienen. Die Regierung hat eben einseitig die Wünsche der Unternehmer berücksichtigt. Das in den meisten Tarifverträgen festgelegte Recht, trotz der Verträge Sympathieausperrungen und Streiks zu veranstalten, soll nach den Vorschlägen der Regierung legalisiert und insofern noch erweitert werden, als Änderungen bestehender Tarifverträge, die infolge solcher Sympathiekämpfe vereinbart werden, nach Ablauf der Verträge Geltung erhalten sollen. Wird in irgend einem Orte oder Betriebe ein Tarifvertrag gebrochen, so soll das ein Grund sein, den vielleicht für das ganze Reich geltenden Vertrag binnen drei Wochen aufzulösen. Der berichtigte § 23 des Tarifvertragsmusters der schwedischen Arbeitgebervereinigung, der das absolute Recht des Arbeitgebers, die Arbeit selbstherrlich zu leiten und zu verteilen, festlegt, fehlt in dem Regierungsentwurf auch nicht. Besonders Aufmerksamkeit hat die Regierung den „gemeingefährlichen“ Streiks zugewandt, und in dieser Hinsicht will sie durch Änderungen der Strafgesetzgebung den im Staats- und Gemeinbedienst tätigen Arbeitern das Streikrecht gänzlich nehmen.

Die Gesetzesentwürfe, unter denen auch noch einer über den individuellen Arbeitsvertrag, ein anderer über die Errichtung von Arbeitsgerichten und schließlich ein Vereinsgesetz ist, zeigen einerseits, daß man der schwedischen Arbeiterschaft eine unerschöpfte Klassengesetzgebung aufhelfen wollte, und andererseits, daß die Regierungsmänner nicht die Fähigkeit hatten, brauchbare und durchführbare Vorschläge auszuarbeiten.

Dies ist offenbar auch die Meinung des Reichstagsausschusses. Selbst die konservative Mehrheit des Ausschusses hat soviel an den Entwürfen ausgesprochen, daß man schon deswegen voraussetzen kann, daß sie in der vorgeschlagenen Fassung jedenfalls nicht Gesetz werden. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder Lindquist und Riss Persson verlangen selbstverständlich Ablehnung der Klassengesetze, und die schwedische Arbeiterschaft hat dieser Tage im ganzen Lande in zahlreichen Massenversammlungen Protest erhoben gegen das Attentat der Regierung auf ihre so wie so schon allzu knapp bemessenen Rechte und Freiheiten.

Von den Gesetzen ist am vorigen Dienstag schon ein Fall. Der Vereinsgesetzentwurf wurde von der zweiten Kammer mit 126 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Durch dieses umfangreiche Gesetz, das in seiner gewundenen Ausdrucksweise der großen Masse der Interessenten unverständlich bleiben mußte, sollte für Vereine und Verbände aller Art ein Registrierungszwang eingeführt werden, und es enthielt Bestimmungen, die sowohl auf die innere wie äußere Tätigkeit der Organisationen geradezu lähmend wirken mußten — wie eine Totenhand, sagte der liberale Abgeordnete Wibén. Der Zweck des Entwurfs war natürlich, die Gewerkschaften zu treffen und auch die Arbeitergenossenschaften; aber um den Klassencharakter zu verschleiern, hatte man alle möglichen Organisationen, wie die in Schweden sehr stark verbreiteten privaten Religionsgemeinschaften, die Nüchternheitsorganisationen, die Wohlthätigkeitsvereine usw. mit einbezogen. Das hat viel dazu beigetragen, daß dieses Nachwerk des Justizministers mit so starker Mehrheit verworfen wurde. Der Justizminister hat damit wieder einmal eine schwere Niederlage erlitten. Uebrigens spielte er bei den Verhandlungen eine ziemlich traurige Rolle, indem er die guten Gründe der Gegner des Entwurfs damit zu widerlegen suchte, daß er sie „Strafen“ nannte, ein Wort, das er dann allerdings zurücknehmen mußte.

Die anderen Gesetzesentwürfe über die Tarifverträge usw. sind gestern in beiden Kammern des Reichstages zur Verhandlung gekommen. Die erste Kammer wurde innerhalb dreier Stunden damit fertig und nahm natürlich den Wünschen des Unternehmersentsprechend, die Gesetzesentwürfe an, wie sie auch die Vorschläge zu den neuen Strafgesetzbüchern guthieß, die vor allem den Staats- und Gemeinbediensteten die Arbeitsniederlegung unmöglich machen sollen. In der zweiten Kammer dauern die Verhandlungen noch fort, jedoch sind in dem Gesetzesentwurf über Tarifverträge die dem Unternehmersentwurf besonders am Herzen liegenden Bestimmungen schon abgelehnt; so die über die Aufhebung ganzer Reichstaxen, wenn sie an einem Orte oder in einem Betriebe außer Kraft gesetzt werden, die mit 108 gegen 106 Stimmen fiel. Statt der gesetzlichen Sanktionierung der Sympathieausperrungen und Streiks beschloß die zweite Kammer mit 120 gegen 96 Stimmen, daß alle derartigen Verletzungen bestehender Tarifverträge verboten sein sollen. Die dem § 23 des Tarifvertragsmusters der Unternehmer entsprechende Gesetzesbestimmung, die auch ein Organisationsverbot für die Werkmeister und Vorarbeiter in den Betrieben enthielt, wurde mit 120 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Die Arbeit des Galgens.

Laut den Nachrichten, die in die Tagespresse gedrungen sind, wurden im April 41 Todesurteile gefällt und 18 Personen hingerichtet. Insgesamt wurden vom 1. Januar bis 1. Mai 201 Personen zum Tode verurteilt und nach den unvollständigen Angaben der Presse 91 Personen hingerichtet. In der Duma aber sprachen die Minister und die Redner der Mehrheitsparteien von der Größe der Reformen, von den hohen nationalen Aufgaben, zu deren Verwirklichung die unaufhörliche Arbeit den Galgens eine notwendige Vorbedingung ist.

Finland.

Dokumentenraub.

Dieser Tage wurden auf Befehl aus Petersburg aus dem finnischen Staatsarchiv in Helsingfors alle wichtigen Dokumente des finnischen Staatssekretariats von 1808 bis 1840 nach Petersburg geschafft. Es ist nicht anzunehmen, daß die schrittweisen Staatsrechtler zu la Deutch diese Dokumente zu ihrer Belehrung brauchen. Vielleicht steht zu befürchten, daß man diese Dokumente, die für die russische Regierung unbenutzbar werden könnten, den Finnen unzugänglich machen will.

Türkei.

Die Operationen in Albanien.

Salonik, 1. Juni. Die Division Torgut Schefket Paschas hat auf den Höhen von Mahowitza die Vereinigung mit der Division Osman Paschas vollzogen und mit 30 Bataillonen Djakova und seine Umgebung besetzt. Die Truppen haben auch mit der Entwaffnung der dortigen Albaner begonnen, die bereits, ohne Widerstand zu leisten, zweitausend Gewehre abgeliefert haben.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Gestern wurde in der Beratung der Kompromißvorschläge über die Errichtung der Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) fortgefahren. Der nächste Vorschlag lautet:

Die unteren Verwaltungsbehörden, Abteilung für Arbeiterversicherung, nehmen nach den Vorschriften dieses Gesetzes die Geschäfte der Reichsversicherung wahr und erteilen in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft.

Die Abteilungen für Arbeiterversicherung können nach den Vorschriften dieses Gesetzes die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen.

Die Landesregierung kann den Abteilungen für Arbeiterversicherung noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

Auf eine Anfrage wurde festgestellt, daß die Versicherungsämter die Versicherungsträger nur mit deren Zustimmung in ihren Angelegenheiten unterstützen können. Der Paragraph wird mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf werden die Sonderversicherungsämter besprochen. In dem Regierungsentwurf war vorgeschlagen worden, daß Sonderversicherungsämter errichtet werden für 1. Betriebsverwaltungen und Dienstbetriebe des Reichs oder der Bundesstaaten, die eigene Betriebskrankenkassen haben, 2. Gruppen von Betrieben, für deren Beschäftigte Sonderanstalten die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besorgen, 3. Gruppen von Betrieben, die Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen angehören.

Bisher war in der Kommission von den Abgeordneten durchweg gegen die Sonderversicherungsämter Stellung genommen. Es war denn auch sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Kompromißparteien beantragt worden, die Sonderversicherungsämter zu streichen.

Gestern schlug Graf v. Westarp vor, die Beschlußfassung über die Sonderämter auszusetzen. Ministerialdirektor Casper wies auf den vorgestern angenommenen Satz hin, daß die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, welche Behörden in jedem Bundesstaat als untere Verwaltungsbehörde im Sinne dieses Gesetzes zu verstehen sind. Diese Vorschrift gibt nach der Auffassung des Ministerialdirektors den Regierungen die Befugnis, nach ihrem Belieben Sonderämter einzurichten. Hiergegen erhoben die Kommissionsmitglieder sofort Einspruch. Ebenso wurde dem Vorschlage des Grafen v. Westarp nicht zugestimmt, sondern in die Beratung der Sache eingetreten. Die Vertreter der preussischen Eisenbahn- und Bergwerksverwaltung legten sich mit großem Eifer für die Sonderämter ins Zeug, führten aber für ihre Forderung keinen einzigen Grund an. Neu ist nur, daß gestern auch ein Vertreter der Marineverwaltung erschienen war und daß er und die anderen Regierungvertreter jetzt ganz besonders die Rücksicht auf die Disziplin als Grund für die Sonderämter geltend machten. Dem Herrn wurde von mehreren Mitgliedern der Kommission versichert, daß er mehr gegen als für die Sonderämter gesprochen habe. Besonders entschieden traten unsere Genossen Schmidt und Rollensbüch dem Herrn entgegen, indem sie nachwies, daß die Sonderämter auch nicht den geringsten Nutzen haben, wohl aber die beteiligten Arbeiter schwer schädigen können. Schließlich wurden die Sonderämter mit allen Stimmen gegen die des Abg. Schulz-Hannover gestrichen.

Sehr ausgedehnt war die nun folgende Debatte über den Vorliegenden des Versicherungsamts. Die Regierungsvorlage hatte einen besonderen Vorstehenden verlangt, den sogenannten Versicherungsamtmann.

Die Kompromißparteien schlugen dagegen folgende Bestimmungen vor:

Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde ist der Vorsitzende der Abteilung für Arbeiterversicherung. Es kann ein Stellvertreter des Vorsitzenden, der durch Vorbildung oder Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet ist, bestellt werden.

Ist die Abteilung für Arbeiterversicherung bei einer gemeindlichen Behörde errichtet, so bestellt den Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindeverband, dessen Bezirk den der Abteilung für Arbeiterversicherung umfaßt. Wo das Landesgesetz für die Wahl höherer gemeindlicher Beamter eine Bestätigung vorschreibt, gilt sie auch für die Bestellung des Vorsitzenden der Abteilung für Arbeiterversicherung.

Die Sozialdemokraten forderten in erster Linie: Die Weisiger des Versicherungsamts wählen den Vorsitzenden des Versicherungsamts. Als Vorsitzender soll in der Regel nur gewählt werden, wer zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigt ist. Andere Personen können gewählt werden, wenn sie durch Vorbildung und Erfahrung auf dem Gebiete der Reichsversicherung geeignet sind.

Unsere Genossen vertraten die Ansicht, daß die Weisiger ganz gut in der Lage seien, den geeignetsten Vorsitzenden auszuwählen. Der Antrag wurde aber mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Polen und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Außerdem lag der Antrag des Zentrums vor, in dem Antrage der Kompromißparteien Absatz 1 an Stelle des zweiten Satzes folgenden Absatz 2 einzufügen:

Es kann ein ständiger Stellvertreter bestellt werden. Als solcher soll in der Regel nur ernannt werden, wer zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigt ist. Andere Personen können ernannt werden, wenn sie durch Vorbildung und Erfahrung auf dem Gebiete der Reichsversicherung geeignet sind. Der ständige Stellvertreter kann noch andere Dienstgeschäfte führen. Ist die Abteilung bei einer staatlichen unteren Verwaltungsbehörde errichtet, so ernannt den ständigen Stellvertreter die oberste Verwaltungsbehörde. Ist die Abteilung bei einer gemeindlichen Behörde errichtet, so ernannt ihn der Vorstand des Gemeindeverbandes.

Zur Begründung dieses Antrages wiesen die Zentrumsvertreter darauf hin, daß nur dann das Versicherungsamt seinen Aufgaben gerecht werden kann, wenn an seiner Spitze ständig ein wirklich geeigneter Mann steht.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß ein ständiger Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt werden muß, nicht nur kann. Genosse Doch erinnerte daran, daß seit jeher über so große Verlastung der unteren Verwaltungsbehörde geflagelt werde. Deshalb werde auch überall ein ständiger Stellvertreter des Vorsitzenden notwendig sein. Wird das aber nicht ausdrücklich im Gesetz vorgeschrieben, so werden in vielen Bezirken niemals ständige Stellvertreter gewählt werden. In Preußen z. B. soll die Wahl durch die Kommunalverwaltung geschehen. In den meisten Kreisverwaltungsverbänden aber ist die Mehrheit so reaktionär, daß sie niemals für solche Zwecke einen neuen Beamten anstellen wird. Für den Antrag erklärte sich entschieden der Staatssekretär, da auch er eine sachgemäße Wirksamkeit der Versicherungsämter für ganz ausgeschlossen hält, wenn an der Spitze des Versicherungsamts nicht ein geeigneter, ständiger Vorsitzender steht. Der Antrag wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, des Polen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Abg. Weder und Schäfers abgelehnt.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß andere Personen als ausgebildete Juristen nur mit Zustimmung der Weisiger des Versicherungsamts zu stellvertretenden Vorsitzenden ernannt werden können. Dies sei die einzige Sicherheit dagegen, daß nicht etwa ausgebildete Offiziere — wie es bereits von Konservativen gefordert worden sei — oder andere ganz ungeeignete Personen nach einer kurzen und oberflächlichen Ausbildung an diese Stellen gesetzt würden. Auch dieser Antrag wurde niedergestimmt mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und des Polen. Endlich wollten die Sozialdemokraten die Vereinfachung, daß dem ständigen Stellvertreter noch andere Dienstgeschäfte zugewiesen werden, so beschränken, daß die Geschäfte sozialpolitischer Art sein müssen; insbesondere dürfe der Vorsitzende des Versicherungsamtes auch Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes sein. Auch hiergegen stimmten alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und des Polen.

Damit waren alle Änderungsanträge zum Antrage des Zentrums abgelehnt. Der Antrag des Zentrums aber wurde ebenfalls abgelehnt und zwar mit 15 gegen 18 Stimmen. Für den Antrag stimmten außer dem Zentrum nur die Sozialdemokraten, der Pole und die Wirtschaftliche Vereinigung. Schließlich wurde der Kompromißantrag unverändert angenommen.

Der Regierungsentwurf schlug vor, daß für jedes Arbeitsamt mindestens zwölf Weisiger, sechs Arbeitervertreter und sechs Arbeitgebervertreter, gewählt werden sollen. Die Zahl kann vom Versicherungsamt mit Genehmigung des Oberversicherungsamts sowie von diesem nach Anhören des Versicherungsamts erhöht werden. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß die Zahl auf 24 erhöht werde. Die Konservativen wollten die Festsetzung der Zahl dem Ermessen der unteren Verwaltungsbehörden überlassen. Diese Änderungsanträge wurden aber abgelehnt und der Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen.

Schließlich wurde mit der Beratung des Wahlverfahrens für die Weisiger begonnen. Die Debatte mußte aber abgebrochen und auf morgen vertagt werden.

Aus der Justizkommission.

Die Debatte setzte auch in der Mittwochssitzung der Justizkommission bei der Bestimmung über den Erlaß des Haftbefehls recht lebhaft ein. Nach dem § 112 kann im allgemeinen das Gericht nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl erlassen und nur im Falle der Gefahr selbständig vorgehen. Dazu beantragten unsere Genossen, die Gerichte gegenüber der Staatsanwaltschaft unabhängiger zu machen und ihnen das Recht zu geben, ohne einen Antrag der Staatsanwaltschaft abwarten zu müssen, Verhaftungen vorzunehmen zu können. Die Regierungsvorlage wandte sich ungemein hartnäckig gegen unseren Antrag und wies darauf hin, daß mit dieser Aenderung das System der allgemeinen Initiative der Staatsanwaltschaft erschüttert werde. Hieran wolle die Regierung aber nichts ändern. Die Regierungsvorlage fand nur eine sehr knappe Mehrheit; denn unser Antrag wurde mit 15 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Ein national-liberaler Antrag, wonach das Amtsgericht, in dessen Gerichtsstand sich der Verdächtige aufhält, auch ohne Antrag verhaften kann, wurde angenommen.

Besonders heiß umstritten wurde der § 113, der besagt, daß, wenn in einem Falle, in dem nur auf Antrag Strafverfolgung eintritt, ein Haftbefehl erlassen wird, die Antragsberechtigten sofort benachrichtigt werden müssen. Geht dann der Antrag auf Strafverfolgung nicht innerhalb einer Woche nach dem Erlaß des Haftbefehls ein, so ist er aufzuheben.

Unsere Genossen beantragten, in Antragsfällen erst dann die Verfolgung einleiten zu lassen, wenn der Antrag gestellt ist. Der Erlaß eines Haftbefehls soll, solange ein Antrag auf Strafverfolgung noch nicht vorliegt, unzulässig sein. Bleibt aber die Möglichkeit bestehen, ohne vorherigen Antrag einen Haftbefehl erlassen zu können, so soll in dem Falle, wenn der Verhaftete kein Antrag folgt, der den Haftbefehl erlassende Beamte dem Verhafteten haftpflichtig sein. Und zwar soll der Verhaftete außer seinen allgemeinen Schadenerschaftsprüchen, Anspruch auf Zahlung von 100 M. für jeden Tag der erlittenen Haft haben. Der Staat soll für diesen Anspruch haften. Begründend wurde von unserer Seite ausgeführt, es solle eine größere Garantie gegen die so häufig ganz unnötigen Strafverfolgungen wegen Beamtenbeleidigungen geschaffen und der so oft recht übertriebene Eifer allzu schneidiger Staatsanwälte eingedämmt werden. — Die Regierungsvorlage wollte von diesen Garantien nichts wissen. — In der Abstimmung wurden unsere Anträge, für die nur der alte Träger und der Pole mit unseren Genossen stimmten, abgelehnt. Auch alle übrigen von den bürgerlichen Parteien gestellten Änderungsanträge wurden abgelehnt und der Regierungsvorlage nur der Zusatz — auf Antrag des freisinnigen Abgeordneten Dove — angefügt, daß in Privatklagen nur dann ein Haftbefehl erlassen werden darf, wenn bereits ein Antrag vorliegt.

Zum § 114, der die Bestimmungen über die Formalitäten des Haftbefehls enthält, beantragten unsere Genossen, in den Haftbefehl auch das Datum seiner Ausstellung aufzunehmen und dem Verhafteten eine Abschrift des Haftbefehls zu erteilen. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, zu bestimmen, daß der Verhaftete zu befragen ist, ob von seiner Verhaftung einer seiner Angehörigen oder eine dritte Person benachrichtigt werden soll. Hat der Verhaftete diesen Wunsch, so ist ihm sofort stattzugeben. — Vom Zentrum und den Polen lagen ähnliche Anträge vor. Die Regierung, und mit ihr die Nationalliberalen, Antisemiten und ein freisinniger Redner wollten das Gesetz mit solchen „Selbstverständlichkeiten“ nicht belastet. — Bei der Abstimmung wurde unter Ablehnung aller Anträge beschlossen, dem § 114 hinzuzufügen, daß dem Verhafteten auf Verlangen eine Abschrift des Haftbefehls auszuhandigen und daß der Verhaftete auf sein Recht hinzuweisen ist. Ferner ist dem Verhafteten auf sein Verlangen Gelegenheit zu geben, von seiner Verhaftung seine Angehörigen, oder einen Dritten benachrichtigen zu können, wenn dadurch der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet wird.

Aus der Partei.

Nachwehen vom Königsberger Schandfäulen-Urteil.

Am Abend des 14. August v. J. bereiteten die Königsberger Genossen dem aus langer Gefängnishaft in die Freiheit zurückkehrenden Genossen Wardwald, der die harte Strafe aus dem Schandfäulen-Prozess verbüßt hatte, einen herzlichsten Empfang. Viele hundert Genossen empfingen ihn am Bahnhof und begleiteten ihn zu dem Lokal, wo eine Begrüßungsfeier stattfand. Die Polizei sah in der Begleitung Wardwalds durch die Genossen einen „Zug“, den sie „aufzulösen“ suchte. Genosse Dr. Gottschalk kritisierte nachher in seiner Begrüßungsrede das Verhalten der Schupkeute, deren einer dem Genossen Wardwald einen Blumenstrauß fortgenommen hatte. In dieser Kritik soll er die Schupkeute beleidigt haben. Das Landgericht Königsberg verurteilte ihn am 1. Februar wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe. Ein Mitangeklagter Jodis ist wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. — Auf die Revision Jodis wurde das Urteil gegen diesen am 31. Mai vom Reichsgericht aufgehoben, weil der Angeklagte nicht auf einen veränderten rechtlichen Gesichtspunkt hingewiesen ist. Die Revision des Genossen Dr. Gottschalk wurde verworfen.

Die Raube eines Abgefägen.

Der von den Dortmunder Genossen aus der Partei ausgehobene Oberhaus kann nicht zur Ruhe kommen, alle möglichen Mittel versucht er, um sich zu rächen: Verleumdungslagen und Meinungsanzeigen wechseln einander ab. Nach vielen Mißerfolgen hat er jetzt mal endlich wieder einen „Erfolg“ zu verzeichnen, nämlich die Verurteilung des Genossen Berger, des verantwortlichen Redakteurs der „Arbeiterzeitung“. Vor einiger Zeit hatte schon ein Verleumdungsprozeß stattgefunden, der zwar auch mit einer Verurteilung Bergers endete, aber auch für Oberhaus eine vernichtende Niederlage bedeutete, denn alle Tatsachen wurden erwiesen, die zum Ausschluß Oberhaus führen konnten. Die nächste Folge war, daß Oberhaus gegen zwei Haugen in diesem Prozeß Strafanzeige wegen Meinungsäußerung erstattete. Es handelte sich um die alten Genossen Bartsch und Köhler; sie selbst betrieben die Beschleunigung des Verfahrens. Der Denunziant wurde abgewiesen, das Gericht beschloß Einstellung des Verfahrens wegen Mangels jeglichen Beweises. Wegen des Urteils über den ersten Prozeß schloß sich Oberhaus aber auch wieder beleibt und strengte abermals Klage gegen Berger an, der wegen dieser Sache am Dienstag auch wirklich zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde. Obwohl schon Berger zweifelloß in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt hat, ließ das Gericht diesen Einwand doch nicht gelten. Es ist bestimmt anzunehmen, daß das Urteil von der Verurteilungsinstanz aufgehoben werden wird. Umso mehr, als auch jüngst Oberhaus wegen Verleumdung des Genossen Wächter, des Vertrauensmannes der Bergarbeiter, zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Das Gericht nahm triviale Verleumdung an, Oberhaus habe für seine unerhörten Behauptungen auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht.

Gewerkschaftliches.

Die Staatsanwaltschaft gegen die Bauarbeiter!

Am Dienstagvormittag erschien im Auftrage der Staatsanwaltschaft die Polizei, und zwar ein Kommissar, ein Wachtmeister und zwei Kriminalbeamte, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ in Plauen und nahm in den Büreaus der Maurer und Bauhilfsarbeiter Hausdurchsuchungen vor. Die Hausdurchsuchungen dauerten fast eine Stunde. Beschlagnahmt wurden nur acht Streikkontrolllisten, auf die es die Polizei einzeln und alle abgesehen zu haben schien. Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich auf diesem Wege ein genaues Adressenverzeichnis der ausgesperrten Bauarbeiter verschafft. Eine Auskunft, warum und zu welchem Zwecke dies geschieht, wurde der Streikleitung nicht gegeben.

Während in Berlin durch Vermittelung des Ministeriums Friedensverhandlungen gepflogen werden, gehen in Plauen in so auffälliger Weise Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die Ausgesperrten vor. Die augenscheinlich zugunsten der Bauunternehmer inszenierte Staatsaktion hat allgemeine Erbitterung unter den Ausgesperrten hervorgerufen, zumal sie sich nicht das geringste haben zuschulden kommen lassen, was ein derartiges Vorgehen rechtfertigt. Die vor drei Wochen von den Bauunternehmern in die bürgerliche Presse lancierten Latarennachrichten über angeblich vorgekommene Roheitsdelikte der Ausgesperrten haben nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Durch ruhiges und taktvolles Verhalten haben sich die Ausgesperrten die Sympathie der gesamten Einwohnerschaft verschafft, was den Bauherren nicht in den Kram paßt und sie auf Mittel und Wege sinnen läßt, den Ausgesperrten zu schaden.

Das Eingreifen der Staatsanwaltschaft wird für die Bauunternehmer das gewünschte Resultat auch nicht zeitigen. Dessen können sie sicher sein!

Berlin und Umgegend.

Stuttateure! Bei der Firma Hauer, Alte Bibliothek, ist es wegen der verschiedenartigen Entlohnung zu Differenzen gekommen. Einem Organisationsvertreter wurde das Betreten der Baubude und des Baues seitens des Herrn Hauer unterzogen. Die Stuttateure beabsichtigen die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bis eine derartige Behandlung ihrer Organisationsvertreter abgestellt ist.

Für und gegen die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte im Schneidergewerbe.

Die Eingabe der Berliner Handelskammer an den Handelsminister um Zulassung ausländischer, namentlich polnischer Arbeiter für die Berliner Konfektion und Herrenschneiderei hat zwar, soviel man weiß, bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt, beschäftigt aber noch immer die Arbeitgeber des Schneidergewerbes. Sie nehmen teils dafür, teils dagegen Stellung. Der „Confessionär“ ist natürlich von Anfang an für das Verlangen der Handelskammer eingetreten, das ja so auffallend mit der Tatsache zusammenkommt, daß die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion auf immer größere Erfolge zurückzuführen kann. Von den Arbeitgebern der Herrenkonfektion wird jedenfalls nicht so sehr der Mangel an Arbeitskräften überhaupt, sondern vielmehr der Mangel an geeigneten, unorganisierten Arbeitern bitter empfunden. Gegen den Massenzug von Ausländern haben unter anderem die Zwischenmeister der Damenkonfektion Berlins Stellung genommen. Neuerdings äußert sich im selben Sinne auch die „Allgemeine Schneiderzeitung“, das Organ des Bundes deutscher Schneiderinnungen. Dieses Blatt spricht davon, daß angeichts der Tausende von Arbeitslosen im Schneidergewerbe ein gewisser Mut dazu gehöre, die Verantwortung für eine solche „Gewaltmaßregel“ zur Steuerung des Arbeitermangels in Berlin zu übernehmen, und erwartet, daß die Regierung einseitig genug sein werde, die Eingabe der Handelskammer für immer zu den Akten zu legen. — Diesen Aeußerungen ist im allgemeinen nicht viel Bedeutung beizumessen. Die Innungsmeister pflegen bei Lohnkämpfen ebenso sehnsüchtig nach ausländischen Streikbrechern Ausschau zu halten, wie die großen Arbeitgeber der Konfektion. Nicht gerade mit Unrecht weist denn auch das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe darauf hin, daß das Innungsorgan selbst schon oft über Mangel an Arbeitskräften geklagt hat. Was Wahres an diesen Dingen ist, haben wir bereits in Nr. 111 des „Vorwärts“ gesagt. Die Saison wird auf einen immer kleineren Zeitraum des Jahres zusammengedrängt und dadurch entsteht, wenn sonst die allgemeine Wirtschaftslage eine gute ist, zeitweilig ein Mangel an Arbeitskräften, der bald einem weit größeren Mangel an Arbeit Platz macht, sobald die Saison vorüber ist. Wenn nach Meinung des Innungsorgans „Gewaltmaßregeln“ notwendig sein sollten, um einen Massenzug ausländischer Arbeitskräfte herbeizuführen, so ist just das Gegenteil wahr. Gewaltmaßregeln sind es, durch die die ausländischen Arbeitskräfte vertrieben wurden, durch die der Zugang aus dem Auslande ferngehalten wird. Die Legitimationskarten der Feldarbeiterzentrale, durch die den Ausländern oben drein eine besondere Steuer auferlegt wird, die Verfolgungen durch die Polizei, wenn ein ausländischer Arbeiter auf anständige und tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse besteht, diese Dinge sind daran schuld, daß die ausländischen Arbeiter nicht mehr nach Preußen kommen wollen. Es ist also nichts weiter nötig, als daß die Ausländer als Arbeiter der einheimischen Arbeiterschaft rechtlich gleichgestellt werden, um den Zugang wieder auf die normale Höhe zu bringen. Wenn aber weiterhin das Innungsorgan die Erwartung ausspricht, daß zweifellos auch sämtliche Arbeitnehmerverbände in dieser Angelegenheit an den Handelsminister heranzutreten seien, so muß dazu bemerkt werden, daß der Verband der Schneider und Schneiderinnen keineswegs einen solchen Schritt unternommen hat. Der Verband verurteilt selbstverständlich die Rechtslosigkeit und Schikanie von ausländischen Arbeitern. Da jedoch die Arbeiterschaft nur zu oft schon die Erfahrung gemacht hat, daß ihre Eingaben an die Regierung eher einen entgegengesetzten, als den gewünschten Erfolg haben, so hielt es der Verband nicht für angebracht, einen solchen Weg zu beschreiten. Irgendwelche gesetzliche Bestimmungen gegen die Zulassung ausländischer Arbeiter bestehen ja nicht, ebensowenig wie die Regierung eine gesetzliche Handhabe hätte, wenn sie den Zugang künstlich fördern wollte. Man braucht also nur Geseh und Völkerrecht walten zu lassen, wie es eines Kulturstaates würdig ist, und dem ganzen Streit wäre ein Ende gemacht.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma L. Loew und Co. A.-G. wurden in einer, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufenen Betriebsversammlung aller bei der Firma beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besprochen, welchen den großen Saal der Prachtäle **Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inzeratenteil veranm.**

Nordwest am Dienstag bis zum letzten Platz füllte. Hande hielt das Referat. Aus seiner Darlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist unter anderem hervorzuheben: Es besteht ein ausgeprägtes Lohnparastem. Wer sich nicht dagegen wehrt, kommt natürlich schlecht weg. So befinden sich unter den Drehern selbst ältere Arbeiter, die bei Afford Wochenverdienste von 23 M., 19 M. und noch weniger erzielen. Ein Arbeiter, der drei Jahre lang bei der Firma war, habe 45 Pfennig Stundenlohn gehabt. Er sei entlassen worden, weil er zu teuer gewesen. Man habe einen andern eingestellt mit nur 35 Pfennig Stundenlohn. In der Gießerei hätten sich die Hilfsarbeiter das ihnen für Ueberstunden zustehende Geld erst fordern müssen, statt daß es ihnen ohne weiteres gezahlt wurde. Unverschuldeter Ausbruch werde den Formern nicht bezahlt, während er in andern Betrieben bezahlt werde. Wegen jeder Kleinigkeit müsse beim Gewerbegericht geklagt werden, wo die Firma Stammgast sei. In der Gießerei sei ein Mangel an Werkzeugen und Hilfsarbeitern. In einzelnen Abteilungen des Betriebes kämen bei älteren Arbeitern Wochenverdienste von 7 bis 10 M. vor. Eine solche Abteilung sei der reinste Laubenschlag. Manchmal gingen dort die Arbeiter nach zwei Stunden Arbeit wieder los, nachdem sie eingesehen hätten, daß sie bei dem Afford nicht zurecht kämen. Es sei vorgekommen, daß eine Arbeitsstelle in einem Monat von zehn Arbeitern besetzt worden sei. Die Kalkulation habe Affordpreise aufgestellt, die trotz der im Betriebe herrschenden schlechten Zahlungsmethode hätten aufgebessert werden müssen. Eine Arbeit, die von der Kalkulation mit 8 M. normiert worden sei, habe in Wirklichkeit 47 M. Herstellungskosten erfordert. Eine andere mit 8 M. festgesetzte Arbeit kostete in Wirklichkeit dann 20 M. Ein Meister übe folgende Sparrmethode. Wenn in seiner Abteilung Werkzeug gebraucht werde, wie Gewindebohrer usw., man gehe er nach dem Hof zur Abstellstelle für unbrauchbares Material und suche benutzte Werkzeuge heraus, die andere Abteilungen fortgeworfen hätten. Seine Arbeiter sollten sie dann wieder gebrauchen. Dem Manne fehle bei dem Geschäft nur noch ein Saß und ein Haken. (Stürmische Beiderzeit.) Die Firma hat auch eine Menge jugendliche Arbeiter herangezogen. Es würden sogar solche, die noch nicht 16 Jahre seien, als Maschinenarbeiter verwendet. Auch habe man eine Kolonne aus jungen, eben ausgeleiteten Schloßern im Alter von etwa 18 Jahre gebildet. Einem ausgebildeten jugendlichen Schlosser habe man einen Stundenlohn von 25 Pfennig angeboten. Ventilation, Wascheinrichtungen und Garderobe seien mangelhaft oder gar nicht vorhanden. Bezeichnend sei auch der folgende Vorfall. Als einmal Kupferabfälle gefunden worden seien, habe die Betriebsleitung angenommen, daß ein Arbeiter sie sich zurechtgelegt hätte, um sie zu fressen. Der Täter habe sich aber nicht ermitteln lassen. Nun habe man einfach in den Wohnungen einer Anzahl Arbeiter während der Arbeitszeit Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Die Frau des einen Arbeiters sei daraufhin mehrere Tage lang krank und bettlägerig geworden, weil der Kriminalbeamte sie soiglich mit den Worten begrüßt habe, ihr Mann habe gefressen. Es wurde nichts gefunden. Trotzdem hielt man es nicht der Mühe für wert, sich bei den so behandelten Arbeitern zu entschuldigen, was doch ohne weiteres der Aufwand erfordert hätte. — Als bestes Mittel, den Mißständen abzuwehren, empfahl Redner den Anschluß und ein treues Festhalten an der Organisation. Der außerordentlich starke Besuch dieser Versammlung möge der Direktor eine Warnung sein. Möge sie auf Abhilfe der Mängel sinnen, damit die Zunahme der Empörung der Arbeiter nicht zu unangenehmen Konsequenzen führe. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer Debatte, aus der hervorging, daß die Worte des Referenten der Meinung der Versammelten entsprachen, schloß die Versammlung.

Aus dem Schneidergewerbe in Steglitz.

Von einem Teil der Schneidermeister in Steglitz ist bekanntlich in diesem Frühjahr bei der Lohnbewegung in der Herrenschneiderei gegen den Schneiderverband eine Klage wegen Vertragsbruch sowie auf Schadenersatz erhoben worden, und die Herren wirkten auch eine einstweilige Verfügung beim Landgericht II, wonach es dem Schneiderverband bei 1500 M. Geldstrafe verboten wurde, die betreffenden Firmen fernerhin als gesperrt bekannt zu geben. Die Vorstandsmitglieder der Schneiderinnung zu Steglitz richteten ferner an die Arbeitgeber, die den neuen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, die Aufforderung, ihn sofort wieder zu kündigen und drohten ihnen im Belagerungsfall mit Geldstrafen auf Grund des Innungsstatuts. Da hierin offenbar ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und § 240 des Strafgesetzbuchs liegt, wurde gegen die Unterzeichner jenes Schreibens bei der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren beantragt. Es haben nun auch bereits Vernehmungen in dieser Angelegenheit stattgefunden. Der Drohbrief selbst hat von Anfang an nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es waren nur fünf Firmen, die sich verleiten ließen, den Vertrag wieder zu kündigen, der demnach für sie am 1. Juli dieses Jahres wieder ablaufen sollte. Inzwischen haben jedoch diese Arbeitgeber alle, bis auf einen, dem Verbot gehorcht, daß sie die Kündigung zurücknehmen und erst den Verlauf des Zivilprozesses abwarten wollen. Mit dieser Klage haben übrigens die Herren auch schon schlechte Erfahrungen gemacht.

Die Innung hatte beschlossen, daß die Kosten des Verfahrens von der Innungslasse übernommen werden sollten. Dagegen erhoben einige Innungsmitglieder Beschwerde beim Landrat, und dieser unterlagte denn auch, wie kaum anders zu erwarten war, die Verwendung von Innungsmitteln zu jenem Zweck. Die Kläger werden also die Kosten selbst tragen müssen.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

In Raumburg am Oucis und in Bunzlau i. Schl. stehen die Scheibentöpfer im Streik. In beiden Stellen handelt es sich um Angriffskämpfe. Zugang ist streng fernzuhalten. — In Wismar an der Ostsee wurde ein Tarif mit 10—20 Proz. Lohnaufschlag geschaffen. — Der Streik der Töpfer in Hof in Bayern dauert unverändert fort.

In der Metallschraubensabrik Aktien-Gesellschaft vorm. Reicholt in Finsterwalde R.-L. haben die Werkzeugmacher die Arbeit eingestellt. Die Werkzeugmacher sind gegenüber allen übrigen Arbeitern des Betriebes am schlechtesten entlohnt. Die Direktion hat die beschiedenen Forderungen der Arbeiter rundweg abgelehnt. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist nach Finsterwalde fernzuhalten.

Zur Aussperrung in Bielefeld.

Eine von zifca 6000 Personen besuchte öffentliche Versammlung nahm Montag abend zu der Beilegung der Aussperrung Stellung. Den Beamten des Metallarbeiterverbandes wurden schwere Vorwürfe gemacht wegen der geringen Zugeständnisse. Nach Klarlegung der Sachlage und längerer Diskussion erklärte sich jedoch die Versammlung mit der Haltung der Organisationsleitung einverstanden. Mit dem Gelöbnis zur energischen Weiterarbeit und begeisterten Hochrufen auf die moderne Arbeiterbewegung ging die imposante Miefenversammlung auseinander.

Versammlungen.

2. Wahlkreis.

Am Montag, den 30. Mai, tagte in Rißles Lokal in der Dennewitzstraße eine für den Westen des 2. Kreises einberufene Agitationsversammlung. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, referierte über die verfloßene Reichstagsession. Der Referent bemerkte, daß über die vergangene Session eine allgemeine

Enttäuschung herrsche. Viele wichtige Gesetzesvorlagen hätten noch der Erledigung. Charakteristisch für die gegenwärtigen Parteien seien die Wahlprüfungen. Sämtliche Wahlen sind für gültig erklärt worden, weil man weiß, daß, wenn die Wahlen kassiert würden, der Reichstag ein anderes Bild zeigen würde als bei den Bloß-Hottentottenwahlen 1907. Vom jetzigen Reichskanzler, Herrn Bethmann Hollweg, wisse kein Mensch, was er wolle. Ein so unbedeutender Mann, wie der jetzige Kanzler, habe noch nie an der Spitze des Deutschen Reichs gestanden. Unter lebhafter Zustimmung kritisierte der Referent die geschaffene Finanzreform, beleuchtete die Wirkungen der Tabaksteuer, wies darauf hin, daß für Kasernen, Panzerschiffe usw. genügend Geld da sei, während das dankbare Vaterland für die alten Kriegsdienstinvaliden nichts übrig habe. Sämtliche sozialdemokratischen Anträge zu den einzelnen Vorlagen seien von den Gegnern abgelehnt, ja nicht einmal zur Verhandlung gebracht worden und habe sich die Partei auf Interpellationen beschränken müssen. Ueber das Verhältnis von Regierung und Reichstag sei zu bemerken, daß der Reichstag heute eine größere Macht besitze, als in früheren Jahren. Sache des Volkes sei es nun, sich einen Reichstag herzustellen, der den Wünschen der Bevölkerung mehr entgegenkommen zeige. Regierung und bürgerliche Parteien haben soviel Sünden begangen, daß wir mit der größten Zuredung an die Wahlarbeit herangehen können. Wer nun mitbessern will, die heutigen Zustände zu ändern und zu bessern, der habe die Pflicht, sich sofort dem Wahlverein anzuschließen. Stürmischer Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Der Vorsitzende wies nochmals auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hin und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die starkbesuchte Versammlung begeistert einstimmte.

Die Nachwahl in Tauer-Bolkenhain-Landeshut.

Der Sozialdemokrat kommt in Stichwahl.

Privatdepesche des „Vorwärts“.

Landeshut, 1. Juni. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Tauer-Bolkenhain-Landeshut waren bis 10 1/2 Uhr abends gezählt für Buchtemann (fortsch. Volkspartei) 6300, Stroher (konf.) 3716, Herschel (Zentrum) 3768, Proll (Soz.) 6870 Stimmen. Es wird Stichwahl zwischen Buchtemann und Proll stattfinden. Das Wahlergebnis aus drei kleineren Orten steht noch aus.

Auch diese Nachwahl ist eine treffliche Quittung für die reaktionäre Politik, die speziell in Preußen geübt wird. Nur einmal bisher sind wir in dem Wahlkreis in Stichwahl gekommen: im Jahre 1903 vereinigten sich auf den sozialdemokratischen Kandidaten 5427 Stimmen; wir kamen mit dem Freisinnigen in Stichwahl, 1907 ging bei den Hottentottenwahlen unsere Stimmenzahl auf 5019 zurück, jetzt stehen wir mit 6870 Stimmen an erster Stelle.

Das Stimmenverhältnis von 1907 ist folgendes: Konservaliv-Antisemit 5050, Freis. Volkspartei 5728, Sozialdemokratie 5019, Zentrum 4307 Stimmen. Der schwarz-blaue Schnaps- und Wahlrechtsblock hat auch bei dieser Nachwahl eine schwere Schlappe erlitten; der Zorn des Volkes wird bei den kommenden Hauptwahlen die einzelnen Schuppen in eine betnichtigende Niederlage verwandeln.

Das Bolffische Telegraphenbureau, das zuerst Zahlen brachte, die mit denen unseres Korrespondenten übereinstimmen, gibt in später Stunde folgende veränderte Zahlen:

Landeshut, 1. Juni, 12 Uhr 35 Minuten. Nach neueren Feststellungen erhielten bei der Reichstagsersatzwahl: Buchtemann (fortsch. Volkspartei) 6416, Proll (Soz.) 6475, Stroher (konf.) 3876, Herschel (Zentrum) 3819 Stimmen. Ein Ort fehlt noch.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Solinger Wahlrechtsdemonstration vor Gericht.

Solingen, 1. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Vor der Elberfelder Straßammer wurde nach zweitägiger Verhandlung heute abend 9 Uhr das Urteil gegen die angeklagten Genossen Redakteure Dittmann, Wendemuth und Schaal von der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ in Solingen sowie gegen den mitangeklagten bürgerlichen Redakteur Gehrke gesprochen. Dittmann wurde zu 300 M., Wendemuth und Schaal zu je 100 M. und Gehrke zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die Anklage richtete sich gegen die vier Redakteure über das Vorgehen der Polizei anlässlich der Solinger Wahlrechtsdemonstration gefüllt hatten.

Die Wahlen in Ungarn.

Budapest, 1. Juni. (W. T. V.) Reichstagswahlen. Bis 9 1/2 Uhr abends waren 157 Ergebnisse bekannt, darunter 102 Mitglieder der Nationalen Arbeiterpartei, 18 von der Rostthpartei, 10 von der Justhpartei, 2 von der Herikalen Volkspartei, 12 parteilose 67er, 4 parteilose 48er, 2 Demokraten, 3 Vertreter der Nationalitäten. In vier Wahlbezirken sind Stichwahlen nötig. Unter den Gewählten befindet sich der Minister Hieronymi, ferner Julius Justh. Die Rostthpartei gewinnt 5 Sitze und verliert 21, die Justhpartei verliert 28 Sitze, die Volkspartei 10, die Nationalitäten 5, die Demokraten verlieren einen Sitz.

Kindesmord.

Melmitz, 1. Juni. (W. T. V.) Heute nachmittag gebar die Tochter eines höheren Staatsbeamten ein Mädchen. Sie schaffte das Kind in die Klosettanlage, ermordete es und versteckte es in das Rohr der Anlage. Dort fand man die kleine Leiche. Die unnatürliche Mutter wurde verhaftet.

Schwer bestraffter Leichsinn.

Elberfeld, 1. Juni. (W. T. V.) Die Ehefrau des Fabrikarbeiters Haffelbed gab heute mittag beim Feueranzünden Petroleum aus einer Kanne ins Feuer. Das Öl explodierte und im Au stand die Frau in hellen Flammen. Trotdem sofort Hilfe herbeigeholt wurde, hatte die Frau doch so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein Tozer der „Plubiose“ gefunden.

Calais, 1. Juni 1910. (W. T. V.) Da der Sturm nachgelassen hatte, wurden die Arbeiten an der Hebung des Unterseebootes „Plubiose“ heute nachmittag wieder aufgenommen. Taucher fanden in einem Loch des Schiffskörpers einen Mann in halbaufgerichteteter Stellung, wie wenn der Matrose im Moment der Katastrophe versucht hatte, zu entkommen.

Gaul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Für die ausgeperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgeperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

- Deutscher Bauarbeiterverband, Zahlstelle... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle...

- Berlin, Marienstraße 20,30. 532 Panzer Alt.-Gef., Badstr. 24,25. 533... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle...

- Magdeburg-Berl., Weihensee 10,85. 1090 Knopfabrik 9,65 13,25. Bergmann, 1099... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle... Berliner Bauarbeiterverband, Zahlstelle...

Kleines feuilleton.

Bewegungsbilder und Phonogramme aus der Tierwelt wurden gestern aus Anlass des fünften ornithologischen Kongresses in der Urania vorgeführt. Die Darstellungen dürften geeignet sein, den naturkundlichen Anschauungsunterricht um ein unerforschbares Hilfsmittel zu bereichern.

Humor und Satire.

Leben und Laten des sinnreichen Edlen Dr. Theobald v. Weismann Hollweg beschrieb von dem Sohne eines Landarbeiters in Dölsch. Der sinnreiche Edle Theobald lebte glücklich und zufrieden in einer bescheidenen Stellung als Schreiber und Diener.

Gelder, welche der Post eingeliefert werden, sind an A. R. R. 2 1/2, SO. 16, Engländer 15, I zu senden.

Gleich einem berühmten Ritter, der vor vielen hundert Jahren im fernem Spanien Wunder der Tapferkeit verrichtete, suchte Theobald einen treuen Schildknappen und Stallmeister, und er fand einen solchen in der Person des guten, einfältigen Octavio de Ditz. Mit diesem zog der Kanzler von der traurigen Gestalt unbekanntem schrecklichen Abenteuern und Gefahren entgegen.

Notizen.

Gegen die Museumssteuer, die von der Spree nach München importiert werden soll, erklären gut hundert Künstler, Schriftsteller, Ärzte, Lehrer, Kommerzienräte, Rechtsanwälte, Abgeordnete usw. einen scharfen Protest.

dem Hause Landsberger Str. 120a beobachtet worden war, ohne daß dieser einen Ruf wahrnahm, so gab Meyer in der dort befindlichen Schankwirtschaft seine Adresse an, damit sie dem Angeklagten übermitteln werden könne. Auch andere Zeugen hatten bemerkt, daß A. geschlagen worden war. Ein Herr Timm befandete, daß A., als er von der Wache herunterkam, im Gesicht stark blutete, einen geröteten Hut bei sich hatte und auf der Treppe nach dem ihm zugerechneten Bahn saß. Ein Herr Georgi sagte aus, er habe gesehen, daß A. von einem Schutzmann, der ihn dortwärts stieß, ins Gesicht geschlagen wurde, und später mit erschlagenen und blutendem Gesicht und zerfetztem Hut zurückkehrte. Ein Herr Dahmann versicherte gleichfalls, er habe A. zerfesselt zurückzuführen gesehen.

Arzt senior war durch Timm von der Siftierung des Sohnes benachrichtigt worden. Vor Gericht schilderte er, wie er auf der Wache, seinen Sohn suchend, zweimal recht „unsaftig“ hinausschleift worden sei. Als ihm dann der Mißhandelte blutend auf dem Hausflur entgegentrat, sei er ein drittes Mal hinaufgegangen, aber wieder hinausgeworfen worden. Nachher habe er auf dem Hausflur, als ein Fremder von einem der dort stehenden Schutzleute die Nummer forderte und dieser sie verweigerte, dem Frager zugerufen, er brauche nicht erst zu fragen, hier werde man ja doch behandelt wie Lumpengesindel, wie Strohalde und Hallunken.

Die Beweisaufnahme brachte nur die Aussagen der Schutzleute Jenker, Müller, Ottmann, die zu wissen meinten, A. habe sie als Lumpengesindel usw. bezeichnet wollen, und er habe ja auch gesagt, das seien Jagowische Manieren.

Der Verteidiger begründete die Verurteilung des Angeklagten Krabi jun. damit, daß keiner der anderen Zeugen „Bluthund“-Auf bemerkt habe, so daß bei Griechisch ein Irrtum anzunehmen sei. A. sei freigesprochen, falls aber das Gericht erneut verurteilen wolle, sei in Anbetracht der ihm widerfahrenen brutalen Mißhandlung die Geldstrafe auf ein Minimum herabzusetzen. Bezüglich des Angeklagten Krabi sen. machte der Verteidiger geltend, daß der Vater beim Anblick seines geschlagenen Sohnes in große Erregung geraten mußte. Welcher Vater werde die Ruhe bewahren können, wenn sein Sohn so mißhandelt worden sei! Freisprechung sei geboten, weil gar keine Beschimpfung der Polizisten vorliegt, andernfalls möge man die allergeringste Geldstrafe als ausreichend ansehen. Der Staatsanwalt beantragte, beide Verurteilungen zu verwerfen, weil die Strafen schon milde genug seien. Krabi senior wandte in einem Schlusswort sich erregt gegen Griechisch, der nicht wissen wolle, wo und wie die Mißhandlung zustande gekommen sei.

Die Urteile gegen die beiden Angeklagten lauteten: Die Verurteilungen werden verworfen, es bleibt bei den festgesetzten Strafen. Die wortfahige Begründung schwiag über die Mißhandlung sich völlig aus.

Wird nach diesen eidlischen Belandungen das Polizeipräsidium festzustellen suchen, von wem Krabi junior mißhandelt worden ist? Wäre auf den Polizeibureau ständig ein Phonograph in Tätigkeit, so würde wohl keine Anklage mehr gegen den Mißhandelten statt gegen die Mißhandler erhoben werden.

Der Reichsgraf als Hochstapler.
Neue Hochstaplerien des aus der Affäre der Frau Lewanowski bekannten Reichsgrafen Johann Emanuel Graf zu Saßegg beschäftigten gestern mehrere Stunden hindurch die erste Strafkammer des Landgerichts I. Diesmal sah neben dem Herrn

Reichsgrafen auf der Anklagebank der Krißt und Modelsticker Paul Josef Stacczel, der sich wegen Diebstahls und auch wegen eigener Schwindeltaten zu verantworten hatte.

Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung des Angeklagten Grafen Saßegg zu einem Jahr sechs Monaten und des Angeklagten Stacczel zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Eine Liebestragödie.
Die sich am ersten Weihnachtsfeiertage in einem kleinen Hotel in der Invalidenstrasse abgespielt hatte, lag einer Strafsache zugrunde, mit der sich gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Kutcher Hugo Holling vorgeführt, um sich wegen Verbrechen gegen den § 210 St.-G.-B. (Tötung auf das ausschließliche und ernsthafte Verlangen der getöteten Person) zu verantworten. — Anfangs vorigen Jahres lernte der Angeklagte eine Frau E. i. d. W. kennen, die Tochter eines Gastwirts, kamen, welche mit ihrem Kinde von ihrem Mann getrennt lebte. Frau E. hatte wiederholt schon versucht, die Scheidungsgesuche einzuleiten, mußte jedoch immer wieder davon Abstand nehmen, da ihr jede Mittel fehlten. Zwischen der Frau E. und dem Angeklagten entwickelte sich mit der Zeit ein recht intimes Liebesverhältnis. — Am Weihnachtseabend erschienen die beiden in einem kleinen Hotel in der Invalidenstrasse und bestellten für einen Tag ein Zimmer. Das angebliche Ehepaar ließ sich erst am nächsten Tage gegen 12 Uhr den Koffer bringen und verblieb auf dem Zimmer. Gegen 5 Uhr nachmittags vernahm der Besitzer des Hotels ein leichtes Aufschlagen der aus jenem Zimmer kommenden elektrischen Glöde. Als er sich dorthin begab, erblickte er in dem Welt eng aneinandergepresst das angebliche Ehepaar mit durchschnittenen Halsen. Der Hotelwirt holte sofort eine Drohfleke herbei und ließ die ansehend Verblieben nach der Unfallstation in der Eigendörffstrasse und von dort nach der Königl. Charité schaffen. Hier erholten sich beide anfänglich ganz gut. Bei der Frau A. trat jedoch nach zwei Wochen eine Verschlimmerung ein, die schließlich am 18. Januar zum Tode infolge einer Herzschwäche führte. In der gestrigen Verhandlung erzählte der Angeklagte, daß er durch das inständige Bitten der Frau schließlich ganz kopflos geworden sei. Im Bett liegend, habe sie ihn umschlungen, ihn geküßt und gesagt: „Nun sich zu, aber tritt mich zu!“ Er habe ihr aus Liebe den Wunsch erfüllt und sich dann selber zweimal in die Kehle gestochen. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Schuldvorschriften bestehen auch zugunsten des Publikums.
Der Schuldner H. in Wendheim macht gegen das Badewerk Wendheim, Aktiengesellschaft in Wendheim, und gegen dessen Direktor H. Schadensersatzansprüche aus einem Unfall geltend, den seine Ehefrau am 1. Oktober 1907 in dem Hofe des Badewerks Wendheim erlitten hat und der auf mangelhafte Betriebseinrichtungen zurückzuführen ist. Die Klägerin hatte sich an der einen Mauer des Fabrikgebäudes der Beklagten aufgestellt, um gegen Regen Schutz zu suchen. Aus dieser Mauer ragte in der Höhe von 70 Zentimeter über dem Erdboden das Ende eines Motors etwa 22 Zentimeter weit heraus. Von dieser Welle wurde die Frau an den Kleidern erfaßt, herumgeschleudert und schwer verletzt. Sie erlitt von der landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft die Vollrente mit 300 M. Der Klagenbegehren verlangte von dem Beklagten Badewerk und dessen Direktor Ersatz des weitergehenden Schadens (Heilungskosten, Rente für Erwerbseinbuße, Entgang häuslicher Dienste und Verwehrung der Bedürfnisse), sowie Schmerzensgeld.

Das Landgericht sprach dem Kläger eine monatliche Rente von 30 M. zu und erkannte den Klageanspruch im übrigen dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Die Berufung der Beklagten ist vom Oberlandesgericht Darmstadt zurückgewiesen worden.

Kunmehr hat auch das Reichsgericht auf Zurückweisung der von den Beklagten eingelegten Revision erkannt. Der höchste Gerichtshof legt dar, daß nach der Feststellung der Vorberichter die beklagte Direktor H. technischer Leiter des kleinen Gastwerks Wendheim war. Er sei deshalb als verfassungsmäßig berufener Vertreter der beklagten Aktiengesellschaft verpflichtet gewesen, dafür zu sorgen, daß die in den Hof hineinragende Welle, die 240 Umdrehungen in der Minute machte und für ein ungeübtes Auge unbeweglich zu sein schien, durch eine Verwahrung gesichert wurde. Er habe jedoch eine solche nicht anbringen lassen, sondern sich damit begnügt, einen Arbeiter zu beauftragen, gelegentlich die Welle zu verschälen. Den Bademeister H., der ihn auf die fehlende Sicherung aufmerksam gemacht habe, habe H. mit dem Hinweis auf den erwähnten Auftrag abgewiesen. Hieraus ernehme das Oberlandesgericht mit Recht ein Verschulden des Direktors, für das auch die beklagte Aktiengesellschaft nach § 81 W.G.B. einzustehen habe.

Abgelehnte Sittlichkeitsmaßregeln.
Das Landgericht I in München hat am 5. Januar einen Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt, der dahin ging, die Illustrationen der Zeitschrift 'Gajus Petronius' Arbeiter-Satirikon unbrauchbar zu machen. Die Verlagsbuchhandlung hatte im vorigen Sommer eine Erlaubnis der geistlichen Landesregierung dieser Zeitschrift aus der römischen Kaiserzeit angefordert. Ein Ausschuss von Karl Hauer und sechs Illustrationen wurden dem Buch zugefügt. Das Buch erschien in einer Auflage von 750 Stück und kostete 25 M., in einfacherer Ausstattung 10 M. Der Text wurde vom Staatsanwalt nicht als unzüchtig angesehen; er war aber der Ansicht, daß die Abbildungen unzüchtig seien. Das Gericht erklärte diese Ansicht für irrig. Es führte unter anderem aus: Die Gezeichneten sind in antilem Stil gehalten. Für den Uneingeweihten erscheinen die Bilder harmlos. Ein uneingeweihtes Mädchen würde die Anspielungen gar nicht finden.

Trotz dieser Begründung legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Der Reichsanwalt hielt in der Verhandlung am Montag diese auch für berechtigt. Das Reichsgericht erklärte jedoch das Urteil des Landgerichts für zutreffend.

Aus der Frauenbewegung.
Versammlungen — Veranstaltungen.
Zehlendorf (Bannseebahn), Freitag, den 8. Juni, 8 Uhr, bei Verno Mitzig, Potsdamer Str. 25: Beschlußfassung über die Einrichtung von Lesesabden.
Zentralverband der Hausfrauen, Donnerstag, den 2. Juni, 9 Uhr, in den Invaliden-Hallen, Weststr. 20 I: Mitglieder-versammlung. Vortrag: Herr G. Davidsohn: „Königin Lulle“.
Sonntag, den 5. Juni: Ausflug nach Waldmännchen, Restaurant „Schweizerhüuschen“, Abfahrt 8. vom Stettiner Vorortbahnhof. Gaste willkommen.

Antiker Marktbericht der städtischen Marktbohlen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Futur genügend, Geschäft regen, Preise nachgebend. Geflügel: Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Fisch: Futur genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälde, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, neu am Markt sind tieferen Kurse, Geschäft regen, Preise nachgebend.

Nibles Festsäle
Denckelstraße 13.
Abd. Donnerstag u. Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Schöner Garten mit Kamille-
Lilienhalt. K. Nible.

Wanzen
läßt unsterblich mit Brut
Reichels Wanzenpulver „Radikal“
Fl. 50 Pf., 1., 2., 3., 5., 10. Dtl., 5.
Abkoll. festhält, nicht feuergefährlich.
Kein bl. Geruch, nachhaltige Wirkung

Schwaben
vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Pulver
„Martini“, Fl. 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5.

Motten
werden ganz sicher vertrieben und
vollkommen ausgerottet durch Reichels
Spezial-Mottenpulver „Total“, Paket
50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5.
Sprühapparate von 50 Pf. an.
Einzig echt u. garantiert wirk-
sam mit Marke
Reichels, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Fernspr. Anschlüsse IV 4781, 4782, 4783.

Stuckgeschäft
Ein seit 35 Jahren bestehendes
Schwaben, Motten, Ameisen,
Röhre nebst Brut, Natten
und Raufe vertreiben unter
Garantie M. Schweißkart's Spezial-
mittel.
Sie haben nur in meinen Geschäften
Kantplatz 93 — Waldemarstr. 64.
Tel. 4. 1221.

Inserem Genossen
Karl Trampe
zu seinem 30. Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 485. Bezirks.
P. E. G. N. F. A.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Wähliger Viertel.
(Bezirk 218, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin, Frau
Ida Schultz
Strömannstr. 25
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 3. Juni, nachmittags
14 Uhr, von der Halle des
Emmarius-Kirchhofes, Lermann-
str. 104, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verein Berliner
Buchdruck- Maschinenmeister.**
Den geehrten Mitgliedern zur
Nachricht, daß am 30. Mai, abends
7 Uhr, unser Kollege
Alfred Bartus
im Alter von 21 Jahren nach
schwerem Leiden gestorben ist.
Sein Andenken werden wir in
Ehren halten!
Die Trauerfeier findet am 2. Juni
5 1/2 Uhr in der Friedhofskapelle
Karlshofe statt.
Die Einäscherung erfolgt den
3. Juni in Hamburg.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Wir empfehlen folgende
Neuerscheinungen:
**Die Grundprobleme
des Marxismus**
von **G. Plechanow.**
Preis brosch. 75 Pf., gebd. 1 M.
Verlagsanstalt 50 Pf.
**Vermehrung und Entwicklung
in Natur und Gesellschaft**
von **Karl Kautsky.**
Preis brosch. 1,80 M., gebd. 2 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Auto-
fahrer
Karl Barkowski
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiser-Friedrich-Gebäudes
des Kirchhofes in Pflanzensee
aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Handbläser
Friedrich Lewange
am 29. Mai im Alter von
47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird ge-
beten.
09/12 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband der
Steinarbeiter.**
Zahlstelle Berlin.
Am 30. Mai starb unser
Kollege
August Dybala
im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Juni, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiser-Kirchhofes, Hürten-
brunner Weg, Wehendorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 31. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, erlebte ein sanfter Tod von einem langen, qualvollen Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter
Anna Enigk geb. Appoldt
im 47. Lebensjahre. Um stillen Beileid bitten
Berlin, den 1. Juni 1910.
Die trauernden Hinterbliebenen: J. Enigk und Kinder.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 2378b

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreiche
Kranzspenden bei der Beerdigung
unseres lieben
Karl Haase
sagen wir allen Freunden und
Bekanntem, den Herren Kollegen
der Deutschen Arbeiter-Gesellschaft
Grenzmarken sowie den Genossen
des Wahlvereins Mariendorf un-
seren innigsten Dank. 2379b
**Wwe. Anna Haase, Müller.
Rosa Richter, Schwäger.
Georg Richter, Schwager.**

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
die Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters
Karl Müller
sage ich hiermit meinen aufrichtigen
Dank.
**Wwe. Emma Müller
nebst Kindern.**

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
die Kranzspenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau
Anna Dabbert
sage ich hiermit meinen aufrichtigen
Dank.
Heinrich Dabbert.

Syphilis-Nachweis
in allen frischen u. veraltet zweifelfest.
Fall durch wissenschaftl. Untersuchung,
sicher; bezgl. Name (bez. auf Go-
noorrhoe-Erreger) u. Spärchen-Analyse.
Dr. Homoyor & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Kronen-
u. Mohrenstr., l. 8724. Vert. Nachspr.
best. u. tollent. geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

5% steuerfreie Marokkanische Staats-Anleihe vom Jahre 1910
im Nominalebtrage von **Marf 81 910 440 = Frank 101 124 000 = Span. Pesetas 101 124 000.**
Sicher gestellt durch den verfähbaren Teil der Besteinkünfte, durch die Einkünfte aus dem Monopol für Tabak und Alf, die Einkünfte aus den Postenabgaben in den Höfen und den Salkat, aus staatlichen Grundbesitz und aus dem Anteil der Regierung an städtischen Steuern.
Verlosbar zum Nennwert vom Jahre 1911 an binnen 74 Jahren.
Rückzahlung auf Grund verstärkter Verlosung od. Gesamtkündigung bis zum 1. Oktober 1926 abgeschlossen.
Der Prospekt ist in No. 126 des Deutsch. Reichsanzeigers (vom 1. Juni 1910) veröffentlicht. Exmpl. d. Prospekts sind h. d. Subskriptionsstell. erhältlich.
Die Emission der
5% steuerfreien Marokkanischen Staats-Anleihe vom Jahre 1910
im Nominalebtrage von **Marf 81 910 440 = Frank 101 124 000 = Span. Pesetas 101 124 000,** eingeteilt in 202 248 Rhythmen von **Marf 406 = Frank 500 = Span. Pes. 500,** erfolgt gleichzeitig in Deutschland, Paris, Madrid und Tanger.
Subskriptions-Bedingungen.
Die Subskription in Deutschland findet statt:
Dienstag, den 7. Juni 1910
in **Berlin**
bei dem Bankhause **Wendelsohn u. Co.**
der **Direktion der Disconto-Gesellschaft**
der **Berliner Handels-Gesellschaft**
dem **Bauhaus S. Reichröder**
in **Frankfurt a. M.** der **Direktion der Disconto-Gesellschaft**
während der bei jeder Stelle obigen Gesellschaften zu nachfolgenden Bedingungen: 1. Der Subskriptionspreis beträgt **96%** vom Nominalebtrage in **Marf,** zuzüglich **Schuldzinsen** a 5%, vom 1. Juni ex. bis zum **Berlin, im Juni 1910.**
Wendelsohn & Co. Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berliner Handels-Gesellschaft, S. Reichröder,

**Steppdecken
Spezialhaus**
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Similseide in den Farben rot, blau, oliv
auf beiden Seiten benutzbar
Wollatlas blau, rot
Bunte Normal-Schlafdecken
Wolldecken ganz dick extra billig
Große Post. echte Kamelhaardecken
Spezialkatalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Zentralverband der Schmiede

Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 2. Juni, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
Große Versammlung
aller bei Innungsmeistern Groß-Berlins beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Beschlusfassung über die zu stellenden Forderungen. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Bemerkt durch Raffenberg dieser Versammlung, daß es Euch ernst ist mit dem Bestreben, Eure traurige Lage etwas aufzubessern. Kein Kollege darf fehlen! Alle Kollegen haben ihre Verbandsbücher mitzubringen, ganz gleich welcher Organisation sie angehören.
Die Lohnkommission.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(E. D. Nr. 2, Hamburg)
Vertikale Verwaltung Berlin.
Freitag, den 3. Juni, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal VII):

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedene Kasseeangelegenheiten.
Der Vorstand.
H. Richard Schröder, Berlin O., Alster Straße 7, born IV.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1299. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987

Freitag, den 3. Juni 1910, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 3:

Große Versammlung
aller an Schraubenautomaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichtner.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Antwort der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme. 2. Diskussion.
Kollegen! In dieser Versammlung wird über die Antwort der Arbeitgeber berichtet. Es ist daher Pflicht eines jeden von Ihnen, zu dieser Versammlung zu erscheinen, damit unsere Stellungnahme gegenüber der Haltung der Arbeitgeber eine einheitliche ist.
Die Versammlung findet abends 7 Uhr statt.
116/7 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Wanderfahrten
am Sonntag, den 5. Juni 1910:
1. Strausberg - Blumental - Losenberg. Abf. Sonnabendabend 12.47 U. Schlef. Bahnhof.
2. Wolchow - Ronnenfleß. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 6 Uhr vorm. 3. Erker-Strausberg. Abf. Bahnh. Friedrichstraße 6.11 Uhr vormittags. 4. Potsdam - Saarmund-Neu-Babelsberg. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 6.47 Uhr vormittags. 5. Grünau - Jentzen. Treffpunkt: 2 Uhr nachmittags Bahnh. Grünau.

Freitag, den 3. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Bundesversammlung.
Vortrag des Genossen Eng. Graf. Die Religion unserer Vorfahren und Heiligtum der Gegenwart.
Gäste willkommen. 1/17

Leichtester Erwerb eines Eigenheims

Ländliches Idyll m. großstädtisch. Komfort bietet
Gartenstadt Hohen-Neuendorf (Nordbahn)
Wald, Wasser, Arzt, Gas, Wasserleit., Schulen etc.
Am Schützenhaus, herrliche Hochwald-Landbaustellen. Rate 12 Mark an! 10% Anzahlung. Tilgung des Restes in 10jähr. Raten.
Sommer- und Ferienhäuser 300 Mark an.
Verlangen Sie illustrierte Gratis-Broschüre.
Wollenberg, BERLIN, NO. 43.
Neue Königstraße 71.

3 Tage.

Um auch solche Kunden, die den Eßbutter-Ersatz „Milka extra“ Tafel-Margarine, Pfund 85 Pf. noch nicht probiert haben, zu einem Versuch zu veranlassen, verabfolgen wir am

Donnerstag den 2., Freitag den 3. u. Sonnabend den 4. Juni 1910

1 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine 85 Pf.
inklusive entweder: 3 große Speiseteller oder: 3 Kaffeebecher
oder: 1 dekorierte Kaffeetasse
oder: 1 dekorierten Milchtopf
oder: 1 Käseglocke
oder: 1 Dutzend Teelöffel nach Wahl zusammen für

solange der Vorrat reicht

Bei Entnahme von **2 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine** 85 Pf.
gibt es entweder: 1 versilberten Frühstückskorb
oder: 1 Likör-Service
oder: 1 Kaffeekanne mit Patentdeckel
oder: 1 Gemüse-Tonne (Delft)
oder: 1 Dutzend Esslöffel oder: 1 Paar Messer und Gabel
nach Wahl zusammen für den Preis von 1 Mark 70 Pfennig

solange der Vorrat reicht

„Milka extra“ ist, aus feinen Rohmaterialien hergestellt und mit frischer Milch und süßer Sahne verarbeitet, ein idealer Butterersatz.

Um regen Zuspruch bitten die Verkaufsstellen der Tafel-Margarine „Milka extra“:

- Am Rosenthaler Tor:**
Fr. Brennecke, Ackerstr. 171.
A. Dehmel, Neue Friedrichstraße 77.
Werner Eberlein, Invalidenstraße 49.
H. Hermsdorf, Weinbergsweg 8
O. Lüdemit, Christinenstr. 81.
H. Mühlberg, Choriner Str. 8.
J. Landau, Ackerstr. 170.
Louis Plötz, Brunnenstr. 147.
Anton Schmeier, Wolliner Str. 5
E. Schulze, Strelitzer Str. 57.
A. Wendig, Zionskirchstr. 6.
Fritz Ziemer, Choriner Str. 87.
Nahe Schönhauser Tor:
R. Münchow, Schwedter Str. 12
Otto Sy, Weißburger Str. 14
Weits & Ewald, Franseckstr. 40
Otto Zielke, Wörther Str. 39.
Nahe Kreuzungspunkt Pappelallee und Kastanienallee:
F. Budischin, Danziger Str. 66.
G. Klage, Schönhauser Allee 194
R. Münchow, Schliemannstr. 14
Frans Rühle, Prenzlauer Allee 31.
E. Rohwerder, Dunckerstr. 90a.
E. Rohwerder, Prenzlauer Allee 40.
Fritz Ziemer, Raumerstr. 27.
Nahe Ringbahnhof Schönhauser Allee:
Ferdinand Hornigk, Bornholmer Str. 10.
Max Kirmse, Lychener Str. 19.
A. Kessner, Sonnenburger Straße 23.
E. Keller, Driesener Str. 17.
Otto Robra, Malmöer Str. 26.
R. Schulze, Stargarder Str. 5.
Friedrich Tent, Schönhauser Allee 125.
Hermann Unger, Kuglerstr. 4.
G. Winkelmann, Seelower Straße 2.
Nahe Nordbahnhof:
O. Heise, Graunstr. 38.
E. Tische, Schwedter Str. 47.
P. E. Maass, Ruppiner Str. 24.
P. E. Maass, Swinemünder Straße 58.
P. E. Maass, Gleimstr. 53.
Carl Schulz, Bernauer Str. 70.
A. Giese, Lortzingstr. 16.
Nahe Humboldthain:
W. Jendretake, Putbusener Str. 35.
Paul Schmidt, Rügener Str. 26.
Warnholz Nachf., Inh. Clara Oehring, Brunnenstr. 94.
A. Wartenberg, Oderberger Straße 40.
Th. Zielinski, Putbusener Str. 8.
Nahe Gartenplatz:
Werner Eberlein, Usedomstraße 10.
Werner Eberlein, Bernauer Straße 6.
Werner Eberlein, Ackerstr. 80.
Werner Eberlein, Stralsunder Straße 25.
Joh. Eichler, Voltastr. 5.
Joh. Eichler, Hussitenstr. 25.
E. Krause, Ackerstraße 49.
E. Krause, Ackerstraße 90.
W. Pieper, Hussitenstraße 68.
Nahe Stettiner Bahnh.:
W. Dietz Nachf., inhaber R. Trebbin, Gartenstraße 22.
A. Discher, Oranienburger Straße 53.
Leo Goschin, Elsasser Str. 30.
Leo Goschin, Novalisstr. 1.
Gustav Müller, Schröderstr. 11.
Alfred Wendler, Gartenstr. 1.
Gustav Wuril, Ackerhalle, St. No. 177.
Nahe Bahnhof Gesundbrunnen:
Paul Berger, Schwedenstr. 18.
Otto Odebrecht, Prinzenallee 38
Karl Scheffler, Badstraße 16.
Gustav Weinlauf, Ramlerstr. 25.
Nahe Wedding:
Ernst Altkukatz, Fehmarnstr. 7.
Heinrich Arndt, Fennstr. 49.
Rudolf Ehrig, Liebenwalder Straße 47.
Rudolf Ehrig, Gottschedstr. 11.
Paul Fürstenau, Chausseestr. 60.
Max Gries, Torfstraße 18.
Wilhelm Grüning, Adolfstr. 25.
Wilhelm Grüning, Reinickendorfer Straße 70.
Gustav Wuril, Weddinghalle, Stand No. 365.
O. Hoffmann, Kesselstraße 34.
Paul Just, Brüsseler Str. 19.
Max Lilje, Tegeler Straße 32.
Paul Michaelis, Gerichtstr. 73.
Paul Michaelis, Müllerstr. 23.
Paul Michaelis, Müllerstr. 139.
Paul Michaelis, Müllerstr. 54-55.
Paul Michaelis, Reinickendorfer Str. 106.
Paul Michaelis, Fennstr. 43.
Albert Naas, Burgsdorfstr. 4.
Albert Neumann, Malplaquetstraße 14.
Fritz Pfeifer, Pankstr. 5.
Paul Schwartz, Guineastr. 33.
F. E. Stockhammer, Sparrstr. 17
Oskar Wenig, Nazarethkirchstraße 49.
Gustav Zimmermann, Boyenstr. 38.
Gustav Urbschat, Wöhlerstraße 20.
Reinickendorf.
Marie Pöllrich, Antonienstr. 4.
Paul Keitake, Scharnweberstraße 184.
Gustav Wuril, Rütlistr. 13.
Pankow.
Hugo Breest, Berliner Str. 4
Oskar Feitsch, Florastr. 60.
V. Jühe, Wollankstr. 12.
Nieder-Schönhausen.
Gustav Jeratsch Nachf., Körnerstraße 43.
Helene Kuhnert, Uhländstr. 25.
Robert Liedemit, Blankenburger Str. 2.

Schuhputz Servus das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.

Fabrik: Lehtzyński & Co. Berlin NO.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vortrefflich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Bahnh. Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Wir fahren alle nach der **Reform Zahnpraxis**

Schmerzlose Behandlung

Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35.
2. Praxis: Elsasser Str. 14.
3. Praxis: Oranienstr. 61.
4. Praxis: Pallasdenstr. 106
5. Praxis: Moabit, Huttenstraße 65.
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.

Versüßung! *... mit dem ...*

Gesundheitstobak. J. Goldfarb. Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Das **Zigarren-Fabrik-Lager** von **A. C. Thurk, Berlin**
Schlegelstr. 25, 2 Minuten v. Stettiner Bahn., empfiehlt drei Spezialmarken in ganz vorzüglicher Qualität, No. 1 Mk. 32,50, No. 2 45,00, No. 3 55,00 pro Mille.

Kautabake von **G. A. Hanewacker**
Nordhausen.
Sämtl. Zigarettenmarken zu Originalpreis.

Ungewitter.

Parzelle M. 1100.
Aug. 100 W. a. berl. Kolonie
Dahlem Bieddorf, Marzahn
Str. 5, part. Tel. 29. 676.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f.
E. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 91/9

Partei-Angelegenheiten.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshause zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3, eine Konferenz der Gemeindevertreter und Stadtverordneten des Kreises statt.

Auf der Tagesordnung steht:

- 1. Die wichtigsten Bestimmungen der Landgemeinde- und der Städteordnung. Referent: Landtagsabgeordneter Paul Hirsch.
2. Unsere Aufgaben in der Gemeinde. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubel.

Die Orte werden ersucht, Sorge zu tragen, daß die gesamten Stadtverordneten und Gemeindevertreter unseres Kreises auf dieser Konferenz anwesend sind. Mandate werden nicht zugestellt; das Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste, welche sich durch Mitgliedsbuch legitimieren, haben ebenfalls Zutritt.

Der Zentralvorstand.

Voghen - Rummelsburg. Am nächsten Sonntag, den 5. Juni, findet im „Café Bellevue“ am Rummelsburger See das diesjährige Sommerfest des hiesigen Wahlvereins statt. Da ein gutes und reichhaltiges Programm vorgesehen ist, so wird allseitige Beteiligung der Genossen und Genossinnen nebst ihren Angehörigen erwartet. - Willkür sind in den Bezirkslokale und bei den Bezirksführern zu haben.

Berliner Nachrichten.

Die Raupenplage im Tiergarten

trifft in diesem Jahre nicht weniger schlimm in Erscheinung wie im Vorjahre. Die in Massen auf den Bäumen befindlichen und von denselben herabfallenden Raupen bilden eine starke Belästigung des den Tiergarten besuchenden Publikums. Es kann der Tiergartenverwaltung der schwere Vorwurf nicht erspart werden, daß sie in der Reinhaltung des Parks äußerst faulselig ist. So hübsch sich die Anlage von Rosarien und die Blumenanlagen um die in der Sieges-Allee aufgestellten Denkmäler ausnehmen mögen, für entsprechende Vor- sorge zur Beseitigung des Ungeziefers im Tiergarten ist sehr schlecht gesorgt. Würde ein Privatmann in seinen Anlagen eine solche Wirtschaft einrichten lassen, wie sie jetzt im Tiergarten durch die Raupenplage in Erscheinung tritt, er würde zweifellos bestraft werden. Der Tiergartenverwaltung kann das nicht passieren, da der Park einmal fiskalisches Eigentum ist, zum anderen dem Forstgesetz untersteht. Jetzt, nachdem der Schaden allzu sichtbar wird, will die Tiergartenverwaltung dem Uebel abhelfen, indem Arbeiter auf die Bäume klettern sollen, um die Raupennester mit der Stangenschere zu erreichen und dieselben zu vernichten. Dann sollen in Anwendung kommen alle nur irgendwie brauchbaren hemischen Mittel in Form von heißen Dämpfen sowie Besprühen der Stämme und Äste mit ätzender Flüssigkeit. Zur Abtötung der herabfallenden Raupen finden auf den eisernen Barrieren längs der Fußwege Köhlampen mit Stickstofflampe Verwendung. Im übrigen werden die Raupen von den Baumstämmen, Bänken und Barrieren durch Männer und Frauen mittels Besen abgekehrt und dann eingestampft. Auch im Sommer sollen die Schmetterlinge des Goldasterns zur Flugzeit während der Nacht durch hellleuchtende Calcium- und Carbid-Apparate sowie durch Herablassen von Glöckchen der elektrischen Lampen im Tiergarten angelockt und getötet werden. Alle diese Maßnahmen können die Vorwürfe gegen die Tiergartenverwaltung nicht ausheben. Vorbeugend muß die Verwaltung wirken und das ist nicht geschehen, so daß nun auch die Privatgärten im Tiergarten verheert werden.

Von sachmännischer Seite wird dem „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt, daß die Tiergartenverwaltung in der Beseitigung des Ungeziefers nicht das tue, was die Stadt Berlin für ihre Anlagen leisten. Städtischerseits beginne man mit dem Abfuchen der Raupennester schon im November und dehne die Arbeiten bis zum März aus. Das koste allerdings viel Geld, aber es sei fast der einzige sichere Schutz gegen das Ueberhandnehmen der Schädlinge. Ganz und gar würden sie sich trotz aller Anstrengungen niemals vertilgen lassen; es sei aber möglich, die Tiere bis auf eine geringere Zahl auszuwurzeln. Natürlich sei ein Erfolg nach einem Winter nicht zu erwarten, aber wenn die Arbeiten zwei bis drei Winter systematisch durchgeführt und im Sommer die Bäume noch mit Leimringen umgeben würden, so sei ein Erfolg zweifellos. Wenn die Tiergartenverwaltung und der Fiskus für die Beseitigung der Raupenplage nicht das tun, was verlangt werden muß, so hat natürlich der Tiergarten für die Berliner Bevölkerung einen nur sehr bedingten Wert. Dann aber soll sich auch die Stadt Berlin doppelt und dreifach überlegen, ob es für die Zukunft geraten ist, den bisher an die Tiergartenverwaltung gezahlten Zuschuß von 50 000 M. auch ferner zu zahlen. Der Magistrat soll das der Tiergartenverwaltung ganz offen erklären.

Zur Lustbarkeitssteuer. Der Verband der Berliner Theaterleiter schreibt uns: „In einer offiziellen Notiz, die der Berliner Magistrat verbreitet hat, wird mitgeteilt, daß auch in anderen Städten sich die Theaterbilletsteuer durchaus bewährt habe. Von den Berliner Theaterleitern wurde daraufhin mit Recht erwidert, daß in anderen Städten die Stadtgemeinde auch für die Theater die größten Opfer bringe, die Theater baue und subventioniere, während Berlin wohl die einzige Stadt sei, die absolut nichts für die Theater leistet. Der Magistrat hat ferner behauptet, daß sich die Einführung der Billetsteuer in München bewährt hätte. Diese beruhigende Auskunft hat er durch Anfrage beim Magistrat in München erhalten. Merkwürdigerweise hat der Berliner Magistrat die Münchener Theaterdirektoren um Auskunft, wie sich bei ihnen die Einführung der Steuer fühlbar gemacht habe, nicht gefragt. Der Verband der Berliner Theaterleiter hat sich nunmehr telegraphisch an die Münchener Kollegen gewandt und auf die Anfrage, ob und wie sich die Einführung der Theaterbilletsteuer fühlbar gemacht hätte, die kurze aber klare Auskunft erhalten: In allen Theatern die traurigsten Folgen.

Der Verband der Berliner Theaterleiter wird von den Münchener Theaterdirektoren das genaue statistische Material erbitten, und an der Hand von Zahlen die vom Magistrat verbreitete Nachricht von den günstigen Ergebnissen dieser kulturfeindlichen Steuer widerlegen.

Zu einem Protest gegen die geplante Lustbarkeitssteuer in Berlin kam es in der Vorstandssitzung des Verbandes der Gast- und

Schanke für Berlin und die Provinz Brandenburg, die in der Nordsternbrauerei tagte. Verbandsvorsitzender Strauß führte aus, daß die Berliner Gastwirte über das Vorgehen des Magistrats und den Versuch, die vor vier Jahren eingeschaltete Steuer wieder auszugraben, mit Recht empört seien. Noch lasteten die Folgen der „Reichsfinanzreform“ schwer auf dem Gastwirtsstand, und schon kommen die Kommunen mit neuen Forderungen. Wie es in Wahrheit um den „rentablen“ Gastwirtsstand stehe, beweise die Tatsache, daß im April etwa 800 Gastwirtschaften ihre Pforten schließen mußten. Brauche die Stadt unbedingt mehr Einnahmen, so müsse sie eben über den Kommunalsteuerausgleich von 100 Proz. hinausgehen, das belaste wenigstens alle gleichmäßig. Der Entwurf sei am grünen Tisch ausgearbeitet und würde zu den größten Ungerechtigkeiten führen. So müßte zum Beispiel ein größeres Gartenlokal bei einem Sommerfest mit Theatervorstellung, Konzert und Tanz 100 M. Steuer entrichten. Die Gasthausmusik werde unmöglich gemacht. Bei den Stadtverordnetenwahlen würden die Gastwirte geschlossen gegen ihre Bedränger vorgehen. Beschlössen wurde, demnächst eine große Protestversammlung aller Interessenten einzuberufen.

Einem interessanten Einblick in die Lage auf dem Baumarkt gewährt die gestrige Verhandlung der städtischen Hochbaudeputation. Bei den im Jahre 1908 fertiggestellten Schulbauten, deren Abrechnungen nahezu abgeschlossen sind, entsprechen die Ausführungskosten den veranschlagten Kosten nahezu, die Abweichungen von den veranschlagten Kosten betragen bei keinem Bau mehr als 6,15 Prozent und die Minderkosten bei den einzelnen Bauten gleichen sich mit den Mehrkosten bei den anderen nahezu aus. Es überwiegen bei einer Gesamtbauausführung von rund 10 000 000 M. die Minderkosten mit 11 000 M. Im Gegensatz hierzu sind bei den jüngsten nahezu fertiggestellten Bauten, die in gleicher Weise veranschlagt worden waren, bei den Bauausführungen beträchtliche Mindergebote erfolgt, so daß bei diesen neueren Bauten mit einem Gesamtwerte von rund 10 000 000 M. voraussichtlich etwa 1 000 000 M. Minderkosten zu erwarten sind. Nur bei dem neuen großen Waisenhaus sind Mehrkosten in Höhe von etwa 18 1/2 Proz. entstanden, welche aber nicht durch höhere Baupreise bedingt werden, sondern vielmehr im wesentlichen dadurch, daß die Organisation des Waisenhausbetriebes während der Bauausführung im besonderen durch die inzwischen in Kraft getretene Fürsorgegesetzgebung sich änderte und sehr stark erweiterte, so daß der Bau diesen Verhältnissen schrittweise folgen mußte. Bei den letzten Vergabungen von Bauarbeiten und Materialien, so besonders bei den umfangreichen Bauten der IV. Juranstalt in Dsch., sind vielfach wieder höhere, den veranschlagten Kosten entsprechende Gebote eingegangen.

Die gestrige Parade vollzog sich unter den üblichen Absperrungen. Die Anklündigung des jetzigen Polizeipräsidenten, nach der die Straße ausschließlich dem Verkehr gehört, wurde gestern in der hellsten Beleuchtung gerollt. Amüsant war, daß Herr v. Jagow selbst der vom Paradezug heimkehrenden durch die Friedrichstraße ziehenden Fahnenkompanie voranritt.

Als der Kronprinz, der diesmal für den Kaiser die Parade abnahm, mittags über den Schlossplatz durch den Lustgarten zum Schloß ritt, warf ein Geisteskranker eine mit Verkohlenen gefüllte Konserndose, die vor die Füße eines Schutzmannes fiel. Der Mann wurde festgehalten. Es ergab sich, daß der Konserndosenwerfer der Polizei als Geisteskranker seit längerer Zeit bekannt ist. Er heißt Abraham Eierweih, ist geborener Russe und betreibt in der Kaiser-Wilhelm-Strasse ein Partiewerengeschäft.

Ein schwerer Bauunfall, bei dem vier Arbeiter verschüttet wurden, trat gestern vormittag um 7 1/2 Uhr in der Löhovstraße 103/104 zu. Dort sind auf einem sehr umfangreichen Gelände sämtliche Gebäude bis auf einen kleinen Rest abgebrochen worden. Auf dem Hinterlande des ganz aufgewöhnt tiefen Grundstücks, das der Maggi-Gesellschaft m. b. H. gehört, sollte gestern früh eine noch stehengebliebene Mauer des Erd- und Kellergeschosses abgebrochen werden. Arbeiter der Firma Ridling u. Wildner, Charlottenburg, waren dabei beschäftigt, als plötzlich die Mauer, die etwa 3 1/2 Meter hoch war, einfiel und vier Arbeiter unter sich begrub. Die vielen dort tätigen Arbeiter eilten beim Anblick der Katastrophe schnell herbei. Es gelang ihnen Bemühungen, alle vier Verschütteten noch vor Eintreffen der Feuerwehr zu befreien. Zwei, die verheiratete Arbeiter Schubert und Engel, wurden sofort nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Löhovstraße gebracht und dort behandelt. Schubert hatte außer kleineren Verletzungen einen Oberschenkelbruch erlitten und Engel mehrere Fleischwunden erhalten. Der dritte Arbeiter war mit leichteren Verletzungen davongekommen und konnte sich in seine Wohnung begeben. Der vierte, der mit Hautabschürfungen herabgezogen wurde, erholte sich bald von dem Schrecken und konnte weiterarbeiten.

Die Fußbadeanstalten sind schon seit einigen Wochen eröffnet. Sie werden aber auffallenderweise der Bevölkerung Groß-Berlins entsprechend wenig benutzt. Zurzeit bestehen acht und zwar an der Cuorystraße, Mühlentstraße, Fruchtstraße, an der Waisenbrücke, im Mühlgraben an der Jungfernbrücke, an der Ebertsbrücke, Moabit und Lessingbrücke. Alle diese Anstalten sind bequem zu erreichen und den ganzen Tag geöffnet. Die beiden Anstalten an der Moabit-Brücke und im Mühlgraben (nahe der Jungfer- und Schloßbrücke) sowie die Anstalt an der Fruchtstraße sind ausschließlich für männliche und die Anstalt an der Lessingbrücke nur für weibliche Personen eingerichtet; alle übrigen besitzen zwei Abteilungen für beide Geschlechter. Mit Beginn der Badezeit dürfte vielen Lesern ein Hinweis auf diese städtischen Anstalten sehr erwünscht sein.

Zu dem Selbstmord des Hospitalisten Paulus im Arbeitshaus, den wir in unserer Dienstagsnummer gemeldet haben, wird uns noch geschrieben: Der Tod des P. ist lediglich eine Konsequenz, wie sie sich oft aus den Lebensbedingungen der Armen Groß-Berlins ergibt. Paulus war von Beruf Kosamentier und stand im Alter von 54 Jahren. Nachdem er bereits 18 Karten geklebt hatte, wurde er lungenkrank und dadurch arbeitsunfähig, und war er gezwungen, das Städtische Asyl für Obdachlose zu frequentieren. Auf diese Weise kam er in die Hände der Polizei, die ihn nach Schema F wegen „Arbeitscheu“ dem Richter zuführte. Er bekam darauf eine Strafbuß von einigen Wochen nebst Ueberweisung an die Landespolizei, d. h. sechs Monate Arbeitshaus. Paulus wurde sofort nach seiner Aufnahme im Arbeitshaus in das Lazarett desselben aufgenommen und von hier nach Ablauf der sechs Monate dem Hospital überwiesen. - In den anderen Bundesstaaten würde ein auf den Tod kranker Mensch überhaupt nicht zu „Arbeitshaus“ verurteilt, vielmehr seinem Zustand entsprechend dem Krankenhaus überwiesen werden. Preußen kennt solche Sentimentalitäten nicht. In Berlin werden fortwährend Leute ins Arbeitshaus gebracht, die sofort dem Lazarett überwiesen werden müssen, und die gar nicht dazu kommen, ihre „Strafe“ zu absolvieren.

Der Selbstmord des P. Paulus ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß er nach all der Not und dem Elend, das er durchgemacht hat in den letzten Jahren, auch noch die Schande einer Korrekthospital erleben mußte. Erst in den letzten Wochen vor seinem Ende hat er seinen Angehörigen seinen Aufenthalt mit-

geteilt, aber offenbar war ihm die letzte winzige Lebensenergie bereits geraubt. Es ist ja auch bekannt, daß die Verhältnisse im Arbeitshospital zu Rummelsburg nicht dazu angetan sind, die Lebensgeister der Insassen zu wecken. Vielleicht kommt der Fall einigen Richtern vor Augen, die etwas daraus lernen. Goffnung ist ja wenig dafür vorhanden.

Durch übermäßig schnelles Fahren eines Postpaketwagens wurde in der Mitte der Anhalterstraße gestern früh ein erster Zusammenstoß zwischen dem Postwagen, zwei Droschken und einem Straßenbahnwagen herbeigeführt. Der Postwagen wollte diesen überholen, schleuderte beim Ueberfahren der Gleise und saßte mit seinem Hinterrad eine Droschke, in der zwei Amerikanerinnen saßen. Diese stieß mit einer anderen Droschke zusammen. Beide wurden beschädigt. Die beiden Amerikanerinnen flogen unjant auf den Bürgersteig, der Kutscher auf den Damm und das eine Pferd stürzte. Es wurde von dem Straßenbahnwagen überfahren und mußte, da der ganze Bauch aufgeschlitzt war, getötet werden. Nach den Angaben von Augenzeugen soll den Postillon die Schuld an dem Unfall treffen. Die Amerikanerinnen fuhrten schnell mit einer anderen Droschke weiter.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Wrotwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern morgen um 8 Uhr in der Chausseestraße in der Nähe der Schwarzpöfstraße. Der Kutscher des mit 500 Broten beladenen Wagens der Großbäckerei von Haagen, ein verheirateter Mann namens Berner aus Weihenau, fiel vom Bod, wurde von seinem eigenen Wagen überfahren und innerlich so schwer verletzt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte.

Gefentert ist am Dienstag gegen 1/2 12 Uhr auf der Havel am Breiten Horn zwischen Gladow und Lindwerder ein kleines Segelboot. Die Insassen fielen ins Wasser. Zwei der jungen Leute kamen wieder an die Oberfläche und wurden von der Besatzung des vorüberfahrenden Stern dampfers „Prinz August“ nach mühevollen Arbeiten gerettet und an Bord genommen, während der Dritte, ein Rauschüler Hanisch aus Potsdam, nicht mehr gesehen wurde; er ist sicher ertrunken. Die Mannschaft des Schiffes unter Leitung des Schiffsführers Otto Walsdorf aus Caputh hat sich bei dem Vorfall tadellos benommen und alle Anerkennung für ihre Hilfsbereitschaft verdient.

Von einem Flederer verschleppt und ausgeplündert wurde ein Arbeiter aus der Provinz, der mit seinen letzten Groschen nach Berlin kam, um hier Beschäftigung zu suchen. Vorgefunden am Abend eingetroffen, wollte er, um Geld zu sparen, kein Nachtquartier nehmen und gestern morgen gleich den Arbeitsnachweis aufsuchen. Der Mann setzte sich auf dem Bellevueplatz auf eine Bank und schlief, von der Meise ermüdet, bald ein. Das sah ein alter Flederer, ein wiederholt vorbestrafter Arbeiter Herrn Gertig. Dieser ging an den Provinzler heran, weckte ihn und bedeutete ihm, daß er dort nicht sitzen bleiben dürfe, wenn er wieder einschlafe, so müsse er darauf gefaßt sein, daß ein Schuttmann ihn erwische und nach der Wache bringe. Als ihm nun der Provinzler erklärte, weshalb er nicht erst ein Nachtquartier genommen habe, wußte Gertig Rat. Er habe, so versicherte er, die schönste Schlafstelle, die auch nichts kostet, und wolle den Fremden gern mitnehmen. Damit war der Mann einverstanden. Gertig ging nun mit ihm die Wilhelmstraße hinunter, tautele in einer Nebenstraße eine Haustür auf, stieg mit seinem Gaste nach dem Boden hinauf und legte sich dort mit ihm hin. Der Provinzler schlief bald wieder ein. Als er gestern morgen erwachte, war Gertig verschwunden und hatte ihm sein Portemonnaie mit der letzten Barichaft von 10 M. mitgenommen. Der Bestohlene konnte aber den Flederer so gut beschreiben, daß es bald gelang, ihn festzunehmen.

Die neue Feuerwache in der Ungarnstraße gegenüber dem Schillerkain ist gestern bezogen worden. Der neu errichtete Zug hat die Nr. 23 erhalten.

Das Schicksal des Sportplatzes Steglitz ist besiegelt; die Berliner Terrain- und Bau-Aktiengesellschaft, der das Gelände gehört, hat beschlossen, es bebauungsmaße auszuführen. In dem soeben erschienenen, der am 25. v. Mis. stattgehabten Generalversammlung erhaltene Rechenschaftsbericht des Vorstandes der Gesellschaft heißt es: „Da wir auch im neuen Jahre bereits rund 200 Quadratruten verkauft haben und die Nachfrage nach dem Steglitzer Terrain anhält, haben wir von dem uns vertraglich zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und dem Mieter des auf dem Terrain befindlichen Sportplatzes zum 1. Oktober 1910 gekündigt, so daß wir vom nächsten Jahre ab auch diesen Teil des Geländes verwerten können. Die Beseitigung der auf dem Sportplatz unermesslichen Geräusche entspricht den Wünschen der Anwohner und kommt der Bewertung der Grundstücke zugute.“

Vorort-Nachrichten.

Migdorf. Ueberfahren und getötet wurde gestern nachmittag gegen 6 Uhr die dreijährige Margarete, Tochter des in der Elbstraße 18 wohnenden Sattlers Schönhoff. Die Kleine spielte mit anderen Kindern auf dem Fahrdamm des genannten Straßenzuges, dabei beachtete sie nicht, daß ein Lastwagen ziemlich schnell herannahte. Erst kurz vor den scheuenden Pferden wurden die Kinder auf die drohende Gefahr aufmerksam; während die übrigen noch im letzten Augenblick zur Seite springen konnten, lief die Kleine Sch. direkt den Pferden entgegen, wurde zu Boden gerissen, so daß die schweren Räder des Fuhrwerks über die Brust und den Leib des Kindes hinweggingen. Das verunglückte Mädchen wurde sofort nach der nahen Unfallstation in der Steinwegstraße gebracht, verstarb jedoch auf dem Transport dort hin.

Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich gegen 1/3 Uhr am Hermannplatz. Im diese Zeit fuhr dort ein Müllwagen entlang und ein etwa 20jähriger junger Mensch, anscheinend dem Arbeiterstande angehörend, sprang, ohne daß der Kutscher etwas merkte, auf das Seitentrittblech des Gefährtes. Der junge Mann sprang jedoch fehl und stürzte zu Boden, worauf ihm das rechte Hinterrad über die Brust und linke Hand hinwegging. In betäubendem Zustande wurde der Arbeiter, dessen Personalien nicht festzustellen sind, nach der oben erwähnten Unfallstation gebracht. Hier wurden bei dem Verunglückten schwere innere Verletzungen, mehrere Rippenbrüche konstatiert und ebenso festgestellt, daß der linke Armknochen und das Handgelenk geschnitten waren. Er wurde von da nach dem Krankenhaus in Budow bei Wrig geschafft.

Charlottenburg. Ueberfallen und beraubt wurde in der vorgestrigen Nacht der Klempnergehilfe Kern, der am Tegeler Weg ein Stück Land gepachtet hat. R. kehrte in der Nacht zum Dienstag ziemlich spät von seinem Laubenland zurück und befand sich in der Nähe der Schloßbrücke, als drei Männer auf ihn zukamen und ihn anbettelten. Um die Leute schließlich los zu werden, zog R. sein Portemonnaie. In demselben Augenblick aber stürzten sich die Bettler auf ihn, einer schlug ihm das Portemonnaie aus der Hand, welches im großen Bogen weg flog, der andere saßte ihn von hinten, warf ihn zu Boden und hielt ihn so lange fest, bis die beiden Komplizen das Portemonnaie und den Inhalt, der herausgefallen war, zusammengegriffen und eingesteckt hatten. Dann ergriffen alle drei die Flucht. Der Ueberfallene und zwei Arbeiter, die dazu kamen, verfolgten die Räuber, konnten aber

Zeitschrift des Vereins für Volkshunde, Berlin bei Lehmann u. Co. Unter den Linden 16. Die von Ihnen zuletzt bezogene Zeitschrift ist mit der vorgenannten verwechselbar. — S. 2. 16. Die Erben haben das Recht, die Zulassung zu verlangen. — M. S. 36. 1. Das würde zweifellos sein. 2. Ja, mit Einwilligung des Betreffenden. 3. Falls die Einwilligung nicht zu erreichen ist, an den Armenkommissionärspräsidenten. — S. M. 54. Der Anspruch besteht nicht zu Recht. — N. 100. Das läßt sich nur nach Kenntnis des Sachverhalts beurteilen. Schreiben Sie eine Sachdarstellung, insbesondere nach der

Richtung, ob das Kind unter Aufsicht stehen soll, eventuell marum nicht, oder können Sie in die Erbschaft. — T. S. 157. Ja, falls ein Kind die nötige Erwerbsfähigkeit im Sinne des Gesetzes besitzt. Der Betrag richtet sich nach der Höhe und der Anzahl der Raten. — T. R. 19. Ja. — G. S. 78. 1. Ja. 2. Der Verlag kann Herausgabe fordern. 3. Der Zahlungsanspruch verjährt in zwei Jahren, beginnend mit dem Schluß desjenigen Jahres, in dem die letzte Rate fällig war. — U. S. 25. Klage erscheint aussichtslos. — F. G. 91. Sie sind infolge Ihrer dem Gastwirt gegenüber abgegebenen Erklärung verpflichtet, falls derselbe nachweisen

läßt, daß Ihre Tante der Täter gewesen ist. — G. S. 51. 1. Ja. 2. und 3. Es ist nicht ratsam, die Mitgliedschaft in der neuen Klasse fortzusetzen. — F. S. 100. Nein, Sie müssen aber sofort Einspruch erheben. — Sonntag. Für die Beitragsdauer halten Sie. — U. 4. Nach dem Gesetz könnten Sie bei Beigerung zum 1. Oktober kündigen. Ja aber im Vertrag etwas anderes bestimmt, so ist dies maßgebend. — G. 999. Ein solcher Anspruch besteht nicht. — M. S. 28. 1. Am Ort der Handlung oder am Ort des Wohnsitzes des Beschädigten. 2. Durch Antrag bei dem Armenkommissionärs-Präsidenten Ihres Bezirkes.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 2. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Neues königl. Opern-Theater.
La Traviata.
Königl. Schauspielhaus. Bürger-
lich und romantisch.
Anfang 8 Uhr.
Leffing. Kasernenluft.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerstücke. Jakob und
Krischler.
Romische Oper. Bierpuppen. Das
schlecht besetzte Mädchen.
Neues Schauspielhaus. Der
Pfeifer.
Kleinod. Nur ein Traum.
Berliner. Tausend.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Trianon. Isidore u. Co.
Residenz. Geschlossen.
Thalia. Bild bei Frauen.
Gebbel. Beim geschickten Helene?
Notetellerie. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Ballner-Theater).
Häufige Verwandten. In Zivil.
Schiller Charlottenburg. Die
Liebe wacht.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Der Bieligeliebte.
Volkoper. Heilmehr. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Hole. Die Schmutzler.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Hallo!!! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Das Gespenst.
Die verfolgte Unschuld.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Cajino. Familie August Knoche.
Apollo. Nabara. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tauentzstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Amalienstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
8 Uhr: Neues Programm!
Komödie: Henry de Neys's
Ideal - Schönheiten
Schluß-Apoteose: Umarmung zum
Heinrich Heine-Denkmal!
Sensationell! Sensationell!
Grete
die weltberühmte Schimpansin und
8 erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros
E. H. Bostocks boxend. Känguruh.
Les fleurs Polonaises: ein poln.
Bauernfest.
Charles Hera, Jongleur.
Therese Konz, Schauspielerin.
Chung Ling Hoe Troupe, chin.
Zauberer und Gaukler.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe.
Durga, das flieg. Piano.
Amann, Mimiker u. Charakteristik.
Garcia, jongl. Silhouetten.
The Balsars, Comic Orig. Art.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benedig.
Hierauf: **In Zivil.**
Schwan in 1 Akt v. Gustav Rabelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten v. G. H. de Gailfabet
und Robert de Pier.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich nachm.: **Frei-Konzert**
von
Nicodemus Notenkopf
der beste Excentric-Kapellmeister der Welt mit großem Orchester.
Täglich abends: **Gr. Militär-Konzerte**

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Juni-Sensationsprogramm
MIB Ruth Radhjah
in ihren indischen Original-Tänzen
im Raubtierkäfig sowie 5 neue
Debuts.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Gedreht und schönstes Lokal Berlins. Bei unangünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — Täglich:
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmjubilantler der Welt The Lipsitz
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrtrab in den See.
Sensationell: **The O. Gondmits**, lombischer akrobatisch. Burleske-
akt mit ihren sensurrenlosen Akrobatikstücken. — 4 Lepont.
Wensch oder Wif? phänomenale urkomische Kassenphantomime. **Quett**
Krill, Leopold Rosser, Original-Quomort mit ihren wunder-
baren aktuellen politisch, satirischen Schlagern und das neue beste
Programme Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- u. Wasser-Feuwerk.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Trapps Festsäle, Inhaber: Max Gamm.
— Am Bahnhof Tege.
Jeden Sonntag: **Petris Norddeutsche Sänger.**
Jeden Donnerstag: **Apollo-Sänger.**
Im Garten von 4 Uhr ab: **Konzert.**

Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs zur gefälligen Mitteilung,
daß ich das Einverständnis
Ballschmieder's Kastanienwäldchen
Konzertgarten u. Prachtställe — Badstr. 15/16
übernommen und aufs neueste renoviert habe. Ich empfehle folches
zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art unter
günstigsten Bedingungen. Herrlicher schattiger Garten, 3000 Personen,
4 Säle 50-1500 Personen fassend, mit prachtvollen Bühnen versehen.
Während des Sommers
Konzert und Sänger-Gesellschaften.
Vorzugskarten stehen zur Verfügung; auch sind noch Sonnabende frei.
::: Jeden Sonntag: **Großer Ball.** :::
Jeden Dienstag u. Donnerstag: **Ball tout chic.**
Um gütigen Zuspruch bitte
Fr. Walter, Gastwirt.
Berlin N. Am III, 6974.

Freie Volksbühne
5. Juni, nachm. 3 Uhr, im
Ersatzvorstellung Thalia-Theater:
Der Dorftyrann.
Alle Mitglieder werden gebeten, eine Erklärung
bis zum 10. Juni in ihrer Zahlstelle abzugeben, ob sie
einer Nachmittags- oder Abend-Abteilung angehören
wollen.
Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle
Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.
Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung
zum Umtausch spätestens am Tage nach der **General-**
versammlung, am 28. Juni, abzugeben.
Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vor-
zeigung der alten Mitgliedskarte gestattet.
241/2 **Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.**

Voigt-Theater
Geundbrunnen Badstr. 58.
Donnerstag, den 2. Juni 1910:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Schillig.
Gesellschaftliche Spezialitäten.
Das große Juni-Programm!
Raffeneröffnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Die Witschen erregenden neuen
Juni-Spezialitäten.
Les Hommes, Gletts-Walk-Bl.
Der Hirt auf der Bühne.
Die wunderbar dreifach. Zwergoperde.
Konzert 7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kracht.
Sonnabend: **Einweihungsfeier**
verbunden m. Prämienverteilung.

Max Klems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolph Krüger.**
Haseheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: **Walter Gravenitz,**
Kapellmeister: **Max Wolffheim.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Samst. 7 1/2 Uhr.

Karl Haverland
Anfang **Theater**, präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder. **Juni-Prgr.**
dare
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Ball.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Berliner-Residenz-Theaters:
Täglich **Kasernenluft.**
8 Uhr:
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollnarprinzessin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Donnerstag, 2. Juni, abends 8 Uhr:
Der Bieligeliebte.
Schwan in vier Akten von Alfred
Schmalow und Karl Heinz.
Morgen und folgende Tage: Der
Bielgeliebte.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Volkoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 8 1/2 Uhr:
Heimkehr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten von H. Winter.
Morgen und folgende Tage: Die
Schmuggler.
Auf der Gartenterrasse: Theater-
Vorstellung. Großes Konzert.
Spezialitäten. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Wußt. Anf. von Meysel.
Anfang
wochen-
tags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr.
Fest-Soiree u. Benefiz für Herrn
Kudolf Schwader zur Feier seiner
30-jährigen Mitgliedschaft bei den
Stettiner Sängern.
Billets schon jetzt zu haben.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das russ. Ballett-Ensemble
„Tartakon“
Blädel
The Kentucks
und das große
Varieté-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Prinz Atom
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddahs Tafel
wird, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Abends 8 Uhr:
Die neuen Juni-Spezialitäten.
An jedem Mittwoch:
Ball.

Folies Caprice
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Vier heitere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Victoria
Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsstücke, Theater und
Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntag 8, Sonntag
7 Uhr. — Alle Sönd fällig.
Im Restau.: Mittagslich 75 Pf.
Ge. u. H. Söle zu Festlichkeiten
aller Art. **Max Sanger.**

Schweizer-
Garten Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater,
Spezialitätenvorstellung.
Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Sehm. u. Bekermannstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung. Das Riesen-
programm. Zur Aufführung gelangt:
Der fliegende Berliner.
Volksstück in 5 Bildern mit Gesang
und Tanz.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9833.
Lebende Photographien.
Bodent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonn. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Bühnen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 Pf.
Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Polzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Margareit Gilton, dreif. Ballett.
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Miniatür-Trio und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonn. 5 Uhr.

Brunnenstraße 10.
Ein geheimes Abenteuer der
Königin Marie Antoinette
und das glänzende
Riesen-Programm.
Gr. Künstler-Orchester.
Platz für 1200 Pers. Eintr. 30 Pf.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.
Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt. Vorort. Gartenstädte.
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
3. Juni: Prof. Cornelius Gurliit,
Dresden: „Straße und Platz“
(Lichtbilder).

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entree 15 Pf. Wäge ob. Schärpe grat.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

21. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio

Ziehung vom 1. Juni, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

15075 892 818 55 15114 85 (500) 80 898 850
825 744 (500) 152106 (5000) 78 428 35 603 (5000) 821
89 46 153115 237 (5000) 828 490 (5000) 545 80 617 44

21. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio

Ziehung vom 1. Juni, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

144148 84 896 850 145184 818 472 855 882 889
146188 (500) 805 28 87 308 587 (10000) 600 751 819
147000 (500) 27 154 240 77 203 28 470 785 148280

Verkäufe.

Teppiche (feinere) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstr. 9, Auenring. Sonntag geöffnet.

Wandbildhauer, Rüsting, Rüstingstr. 7. I. pottbl. Bettverkauft, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Defensverkauf, Schmuckwaren, Goldschm., Silberwaren, verschiedene Pländer. 2492R

Neue Möbel werden billig verkauft. Dresdenstr. 40, vom 1. 2491/15. Einrichtungs- u. Defensverkauf. S. Braun, bekannt als beste Segelschiffbau- u. Teilschiffbau.

Wannfeld auf Jodette verlangt. Petersburgerstr. 43, III. +10. Kuchenträgerin verlangt. Kaiser, Berlinerstr. 14. +60. Schlofferarbeiten auf Schauenster. Emil Wille, Reimendorferstr. 113.